

# Politische Berichte

**Zeitschrift für sozialistische Politik**



**Yassir Arafat 1929–2004**

- *CDU/CSU-Gesundheitsreform: Umverteilen und absenken S. 5*
- *Uri Averny: Arafat, ein Mann und sein Volk S. 7*
- *Nürnberg: Fast Zehntausend gegen Sozialraub, Agenda 2010 und Hartz IV S. 12*
- *Wird der Tarifabschluß die Marktschwäche von VW kompensieren? S. 15*
- *Wanderarbeiter: Rechte für weltweites Subproletariat S. 20*

**Ausgabe Nr. 24 am 19. November 2004, Preis 1,80 €**



Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften als Zeitschrift für sozialistische Politik

## Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK  
- ERSCHIEN VIERZEHNTAGLICH

Herausgegeben vom: Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

**Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung:** Christiane Schneider (verantwortlich), GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43188820, Fax: 040 / 43188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de - Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

**Regionales / Gewerkschaftliches:** Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/ 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de

**Diskussion / Dokumentation:** Rüdiger Lötzer (verantwortlich), Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de - Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761/34961

**In und bei der PDS:** Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

**Termine:** Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

**Verlag:** GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

**Bezugsbedingungen:** Einzelpreis 1,80 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabonnement kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 €, Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

**Druck:** GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

## Politische Berichte

- zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ..... Stück pro Ausgabe der PB

- o 4 Ausgaben für 10 € (beilegen) zum Kennenlernen
- o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)
- o Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60 €)
- o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name: .....

Straße: .....

Postleitzahl/Ort: .....

Kto-Nr. ....

BLZ: .....

Bank: .....

Unterschrift: .....

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

## Jedem siebten Krankenhaus droht Schließung oder Privatisierung

ngo-online.de. 12.11. alk. Jede siebte Klinik in Deutschland soll in den kommenden zehn Jahren laut einer Studie geschlossen oder von privaten Betreibern gekauft werden. Davon seien insgesamt 330 Kliniken betroffen, ergab der am Donnerstag in Hamburg veröffentlichte „Branchenkompass 2004 Gesundheitswesen“ vom F.A.Z.-Institut und der Unternehmensberatung Mumment Consulting.

Allein in diesem Jahr fehlen den Krankenhäusern den Angaben zufolge 1,2 Milliarden Euro. Von den Schließungen seien besonders kleine Kliniken mit weniger als 200 Betten sowie Häuser mit dünner Kapitaldecke betroffen. Das treffe in erster Linie auf öffentliche Krankenhäuser zu. Dagegen profitieren private Krankenhausbetreiber den Angaben zufolge von der Geldnot der öffentlichen Kliniken. Sie kaufen die wirtschaftlich angeschlagenen Häuser und erhoffen sich davon gute Wachstumschancen.

## Streit um Pharmapreise

Handelsblatt, 9.11. rüll. Zwischen den Ärzten und Krankenkassen auf der einen und den Pharmakonzernen auf der anderen Seite entwickelt sich ein Streit um die Preise von Pharmaprodukten. Der gemeinsame Ausschuss von Ärzten und Krankenkassen hatte vor kurzem eine Liste von Medikamenten beschlossen, die Festbeträgen unterworfen werden. Die Aufnahme in die Liste hat zur Folge, dass für die dort aufgeführten Medikamente nur noch die in der Liste genannten Festbeträge von den Krankenkassen erstattet werden. Der Ausschuss stützt sich bei dieser Entscheidung auf Preisvergleiche mit Medikamenten, die zur gleichen Wirkstoffklasse gehören, also gleich oder fast gleiche medizinische Wirkungen erzielen.

Solche Festbeträge gibt es schon seit den 80er Jahren. Mit der im letzten Jahr beschlossenen Gesundheitsreform können aber ab 2005 erstmals auch Medikamente in der Liste geführt werden, die noch patentgeschützt und deshalb in der Regel ziemlich teuer sind. Diese Festbetragsregelung soll generell dazu führen, dass die Pharmakonzerne ihre teuren Preise auf das Niveau von billigeren Nachahmerprodukten senken.

Der US-Pharmakonzern Pfizer hat nun angekündigt, gegen die Entscheidung des Bundesausschusses von Ärzten und Krankenkassen Klage einzureichen. Der Ausschuss hatte den Cholesterinsenker Sortis von Pfizer in seine Liste aufgenommen und will den Konzern damit zu erheblichen Preissenkungen zwingen. Sortis wird derzeit von

etwa 1,5 Millionen Patienten genommen. Pfizer hat auf dem Markt der Cholesterinsenker einen Marktanteil von 39,5%, gefolgt von drei Nachahmermedikamenten und einem weiteren, ebenfalls patentgeschützten Medikament von Novartis. Der Konzern will dagegen den Preis für sein Medikament nicht senken. Für die Betroffenen bedeutet das, dass sie je Packung zwischen 30 und 60 Euro selber zahlen müssen, weil die Kassen diesen Preis nicht mehr voll erstatten. Der US-Pharmakonzern hat eine Anzeigenkampagne gestartet, die betroffene Patienten mobilisieren soll.

## Ausländerbeirat kritisiert neues Zuwanderungsgesetz

ngo-online.de. 15.11. alk. Als eine „Mogelpackung auch mit rot-grünem Gütesiegel“ hat der Bundesausländerbeirat das neue Zuwanderungsgesetz bezeichnet. Die jetzt beschlossene Vorlage habe mit dem Vorhaben, ein liberales Zuwanderungsrecht zu schaffen, nichts zu tun, kritisierte das Gremium auf seiner diesjährigen Plenartagung in Mainz. Auch minimale Verbesserungen gegenüber dem Ursprungsentwurf könnten nicht darüber hinwegtäuschen, dass zahlreiche Regelungen wie im Familiennachzug ohnehin von der Bundesrepublik als EU-Recht oder nach dem Völkerrecht hätten umgesetzt werden müssen.

Der Bundesausländerbeirat appellierte an die Länder, die nach dem neuen Aufenthaltsgesetz möglichen Härtefallkommissionen so rasch wie möglich einzurichten. Allerdings stehe zu befürchten, dass kaum ein Mensch die hohen Voraussetzungen erfüllen wird, sagte der Vorsitzende des Bundesgremiums, Memet Kilic. Die Kommissionen sollen humanitäre Altfallregelung für langjährig in Deutschland lebende Flüchtlinge prüfen. Das zum 1. Januar 2005 in Kraft tretende Aufenthaltsgesetz bietet Landesregierungen die Möglichkeit, eine Aufenthaltsgenehmigung aus humanitären Gründen auch dann zu erteilen, wenn alle rechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft sind und die Härtefallkommission dies empfiehlt.

## EU-Erweiterung: Kein „Großer Knall“

heute im Bundestag, 11.11. alk. Der „Big Bang“ ist bislang ausgeblieben. So lautet die einhellige Einschätzung der Experten zur Bewertung der ersten sechs Monate nach der EU-Erweiterung in der Sitzung des EU-Ausschusses des Bundestages. Professor Rolf Karbaum, Oberbürgermeister der Stadt Görlitz, brachte es auf den Punkt, als er feststellte, es habe keine Überschwemmung mit Billigprodukten gegeben, keinen Anstieg der Kriminalität, aber auch

Politische Berichte im Internet: [www.gnn-archiv.staticip.de](http://www.gnn-archiv.staticip.de)

noch keine bedeutsame wirtschaftliche Verflechtung in den Anrainergebieten Deutschlands mit den neuen EU-Nachbarn Tschechien und Polen. Das derzeitige Lohngefälle biete große Chancen, aber auch ein großes Risiko. Einzu-schätzen sei die Entwicklung wohl erst nach dem Wegfall der Übergangsfristen. Toni Hinterdöbler, Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Niederbayern-Oberpfalz sagte zu den Auswirkungen des Lohnniveaus: Die Verlagerung von Betrieben laufe weiter, halte aber an den neuen EU-Grenzen nicht an, sondern gehe gerade bei Großunternehmen weit über die EU hinaus bis nach China.

Berthold Busch, Leiter des Referates Europäische Integration im Institut der deutschen Wirtschaft in Köln: Der deutsche Export in die Nachbarländer habe um 100 Prozent zugenommen, während der polnische und tschechische Export um 300 Prozent gestiegen sei.

Bernd Rohde, Abteilungsleiter im Sächsischen Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit, kritisierte die Deutsche Bahn AG: Es sei völlig unverständlich, wenn mit der EU-Erweiterung eine durchgängige Ost-West-Verbindung zwischen den neuen Hauptstädten der EU und zu den Metropolen am Rhein und darüber hinaus eingesetzt werden solle. Allein mit „mäßiger Auslastung“ sei diese nachhaltig und massiv negative Entscheidung nicht zu begründen.

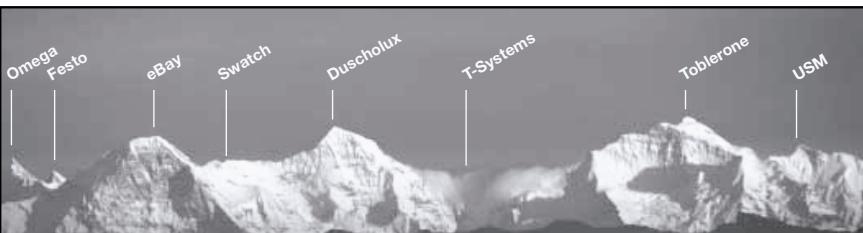
## Rüsten für die Rohstoffzufuhr

*Handelsblatt*, 10.11. rüll. Auf einer Diskussionsveranstaltung der „Welt am Sonntag“ hat Verteidigungsminister Struck am Dienstag, den 9.11., in Berlin seine Vorstellungen von einer europäischen Rüstungs- und Militärstrategie erläutert. „Die Europäer sollten ihr weltweites sicherheitspolitisches Engagement künftig auch damit begründen, dass sie ihre Energie- und Rohstoffversorgung sichern müssen“, zitiert ihn das Handelsblatt. Die EU brauche eine klare Strategie für militärische Einsätze. Alle Einsätze der EU müssten einem „Prüfraster“ unterliegen, erläuterte Struck weiter. Zu den europäischen Interessen zählte er dabei neben nebulösen „moralischen und geschichtlichen Verpflichtungen“ von EU-Staaten etwa in Asien und Afrika die Terrorbekämpfung und „den Schutz der Energie- und Rohstoffversorgung“. Struck drängt auf die möglichst rasche Entwicklung einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP). Dazu gehört auch der Aufbau von drei EU-Kampftruppen, an denen sich die Bundeswehr mit 1.500 Mann beteiligen soll. Die erste Einheit soll 2007 zusammen mit niederländischen und finnischen Soldaten gebildet werden, die zweite 2008 mit französischen, belgischen, luxemburgischen

## Niedriglohn-Standort Deutschland:

Vergeben Sie Ihre Produktion oder Ihre Logistik oder Ihren Service zu uns: Gewerbegebiet in Mittweida mit insgesamt 12.000 m<sup>2</sup> Betriebsfläche. Miete für große Teileflächen kostenlos. Unsere fleißigen deutschen Mitarbeiter/innen arbeiten engagiert für monatlich 800,- € brutto für die 40-Stunden-Woche, 173 Stunden im Monat, ohne Weihnachts- und Urlaubsgehalt. Mittweida hat 16.000 Einwohner und eine renommierte Technische Hochschule. Nutzen Sie die konsequenten Möglichkeiten in unserem Gewerbegebiet. Dann brauchen Sie keine Verlagerung nach Osteuropa. Die Kreisstadt Mittweida liegt nahe Chemnitz, nur 10 km zur Autobahn und nur 1 Stunde nach Bayern.

Kontakt unter 1783188 · F.A.Z. · 60267 Ffm. oder Fax 0221/482938



## Kanton Bern Die Berge, der Weitblick, der Erfolg.

maf. Diese Anzeige findet sich in der FAZ vom 12.11. dieses Jahres. Wird es der sächsische Kleinstadt Mittweida gelingen, Investoren in ihren Gewerbegebiet zu locken? Die Investoren werden sich fragen: Warum muss sich Mittweida so billig machen? Diese Ware hat offensichtlich Fehler.

Anders wirbt, direkt darunter platziert, die Schweiz: „Der Kanton Bern: Die Berge, der Weitblick, der Erfolg. Ein vorteilhaftes Beschäftigungsumfeld, ein liberales Arbeitsgesetz, eine herausragende Lebensqualität, Zweisprachigkeit: dies ist kein Wunderland, aber fast. Bern hat Weltmarken wie Swatch Uhren, Swisscom und Rolex auf ihren Siegeszug um die Welt geschickt. Die Wirtschaftsförderung Kanton Bern hilft auch Ihrer Firma, Ihre globalen Erfolge zu gipfeln – besonders im Bereich der Telematik, Medizinal- und Präzisionstechnik. Kontaktieren Sie uns! Bern macht Erfolg zur Tradition.“

Bern formuliert seine Standortvorteile, Mittweida wirbt aber mit Nachteilen des Standortes, denn: „fleißig für 800 Euro“ umschreibt eine soziale Situation, einen Markt, der als geschäftliches Umfeld nicht wirklich interessant ist.

und spanischen Soldaten und die dritte 2009 unter polnischer Führung und zusammen mit lettischen und slowakischen Soldaten. Diese sollen die 60.000 Mann starken schnellen Eingreiftruppen der NATO ergänzen. „Unnötige Rivalitäten“ mit den USA will die Bundesregierung dabei in der Öffentlichkeit unbedingt vermeiden und bestreitet vehement alle Darstellungen, die EU-Kampftruppen sollten ein europäisches Gegengewicht zu den USA aufbauen.

## Böll kann da nichts dafür

*Faz. www.boell.de. maf* Nachdem auf dem Asem-Gipfel am 9./10.11. eine Gruppe von Staaten, darunter Polen, mit Erfolg eine Formulierung der Schlussresolution verhindert hatten, die als Unterstützung des deutschen Strebens nach einem ständigen Sitz im Sicherheitsrat verstanden hätte werden können, mussten die CDU-Bundestagsabgeordneten Pflüger und Ruck nach einer Südamerika-Reise berichten, dass in Mexiko, Argentinien und Kolumbien recht deutlich kritisiert wird, dass Deutschland glaube bestimmen zu können, wer Lateinamerika im UN-Sicherheitsrat ständig vertreten soll. „Wenn sich Deutschland so eindeutig an die Seite Brasiliens stelle, dann müsse Me-

xiko seine Freunde in Europa künftig anderswo suchen“, zitiert die FAZ am 20.10. den mexikanischen Außenminister Derbez. Die beiden CDU-Größen bewerten die deutsche Sicherheitsratspolitik als „schweren Fehler, der Gegenreaktionen provoziere“.

Wer hat sich den gefährlichen Unsinn ausgedacht? Am 23.10. schreibt Johannes Leithäuser in der FAZ, dass der Plan auf ein Memorandum der Böll-Stiftung (Vorstand Ralf Fücks) zurückgehe, das Ergebnis einer zwölfmonatigen außenpolitischen Debatte sei. Zu den Verfassern zählten „der Berliner Staatsrechtler Ulrich K. Preuß, der Göttinger Völkerrechtler Peter Tobias Stoll, das Mitglied des Planungsstabes im Auswärtigen Amt Joscha Schmieder und die Geschäftsführerin der Böll-Stiftung Birgit Laubach“. Anscheinend wird in diesem Memorandum versucht, das deutsche Streben antiimperial und antihegemomial zu begründen. Geworben wird für eine Uno-Reform, die „ein kooperatives pluralistisches Zusammenwirken der Staaten, vor allem aber der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates auf globaler Ebene“ vorsieht. Vielleicht kommt es so ähnlich, bloß dass die BRD den ständigen Sitz nicht kriegt. Ob die Verfasser dann auch zufrieden sind?

Zusammenstellung: alk

# Umverteilen und absenken

Spott und Ablehnung waren zunächst äußerst breit: Der Kanzler sprach vom Berg, der kreiste und nicht einmal ein Mäuslein gebar. Die FDP drohte, dass die Union damit ihre Regierungsfähigkeit und eine künftige Koalition gefährde. Von der Arbeitgeberkonferenz wird berichtet, dass sich die Teilnehmer auf die Schenkel klopften, als ihr Präsident Dieter Hundt darüber spottete, dass die „gemischt-lohnabhängige-Arbeitgeberbeitrags-Fondssteuerergänzungsfinanzierte-Teilpauschalprämie“ die wesentlichen Nachteile des lohnabhängigen bestehenden Systems mit neuen Halbherzigkeiten und zusätzlichen Belastungen für die Arbeitgeber kombiniere. Also alles nur unionsinternes Polittheater und abhaken?

Nicht ganz, es lohnt sich doch, den Vorschlag näher zu betrachten (siehe Grafik aus der FAZ).

## Lohnkosten und Gesundheitsausgaben

Der Vorschlag von Merkel/Stoiber klopft fest: Die Arbeitgeber sollen um rund 8 Milliarden Euro jährlich bei den Beitragszahlungen entlastet werden. Daran gibt es keine öffentliche Kritik, außer von den Kapitalistenverbänden und der FDP, dass diese Entlastung noch zu gering sei. In diesem Punkt stimmt der Vorschlag der Union im Übrigen völlig überein mit

dem Projekt Bürgerversicherung von Rot-Grün, von dem ansonsten nur vage Eckpunkte vorliegen.

Die Unterstellung lautet: Die Gesundheitskosten würden die Arbeitgeber zu stark belasten und daher die Arbeitslosigkeit vergrößern oder zumindest zusätzliche Beschäftigung erschweren. Diese Behauptung wird dogmatisch hergeleitet aus Lehrbuchsätzen der Ökonomie: Die Arbeitsnachfrage sinkt mit der Belastung der Arbeitskosten; umgekehrt erhöht die Senkung der Belastung die Nachfrage nach Arbeit, schafft also Beschäftigung.

Schon rein lehrbuchmäßig sind Zweifel an diesem Satz angebracht: Senkung der Belastung durch Gesundheitsausgaben, schafft theoretisch vielleicht Beschäftigung im industriellen Sektor, führt aber wegen verminderter Ausgaben im Gesundheitssektor, der ja sehr personalintensiv ist, am Ende, gesamt-

wirtschaftlich gesehen, sogar zu einem Beschäftigungsrückgang. Außerdem sind die Faktoren, die auf die Nachfrage nach Arbeit wirken, äußerst vielfältig und beeinflussen sich gegenseitig, so dass schlichte Aussagen wie Kostensenkung erhöht die Nachfrage nicht als Leitsätze praktischen Handelns taugen.

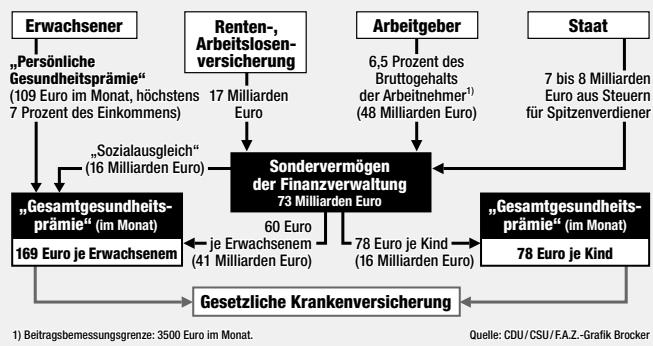
Jetzt haben sich auch welche die Mühe gemacht, die Beziehung zwischen Gesundheitskosten und Beschäftigung empirisch nachzuforschen und zwar sowohl für die Bundesrepublik als auch im internationalen Vergleich (siehe unten). Das Ergebnis ist ernüchternd und schlicht: der behauptete Zusammenhang zwischen Höhe der Gesundheitskosten und Beschäftigungsentwicklung besteht nicht. Auch wenn der Auftraggeber, eine Krankenkasse, durchaus Absichten mit dieser Studie verfolgt, müsste sie erst einmal wissenschaftlich widerlegt werden.

## Gesundheitskosten, sozialer Ausgleich

Der Unionsvorschlag will die Umverteilung, die auch heute über die Gesundheitskosten stattfindet, ändern. Auch darin unterscheidet sich der Vorschlag zunächst nicht von dem Modell Bürgerversicherung von Rot-Grün. Während für die Bürgerversicherung mangels Konkretion die Umverteilungswirkung nicht abzuschätzen ist, zeichnen sich für das Unionsmodell folgende Wirkungen ab:

1. Die Umverteilung in Richtung Kinder wird ausgedehnt. Waren bislang nur Kinder von gesetzlich Versicherten ohne eigene Beitragszahlung zur kostenlosen Gesundheitsver-

## Der Unionskompromiss zur Gesundheitsprämie



## Gutachten: Kein Zusammenhang zwischen Gesundheitsausgaben der Arbeitgeber und Beschäftigungsentwicklung

BERLIN, 26. OKTOBER 2004. Es gibt keinen Zusammenhang zwischen der Belastung der Arbeitgeber durch Gesundheitsausgaben und der Entwicklung der Beschäftigung – weder in Deutschland noch im internationalen Vergleich. Dies zeigt ein Gutachten, das das Berliner Institut für Gesundheits- und Sozialforschung (IGES) gemeinsam mit dem Augsburger BASYS-Institut im Auftrag der Techniker Krankenkasse (TK) erarbeitet hat.

IGES-Direktor Professor Dr. Bertram Häussler: „Wir haben mehrere Branchen untersucht und konnten keinen Zusammenhang feststellen. Und der internationale Vergleich zeigt: Beim Anteil der Arbeitgeber an den gesundheitsbedingten Kosten liegt Deutschland im Mittelfeld.“

Professor Dr. Norbert Klusen, Vorsit-

zender des TK-Vorstandes, erläuterte die Motive, dieses Gutachten in Auftrag zu geben: „Immer wieder wird argumentiert, die Arbeitgeber seien durch Gesundheitsausgaben zu stark belastet und es müssten Leistungen aus der GKV gestrichen werden, damit mehr Beschäftigung entsteht. Im Interesse unserer 5,7 Millionen Versicherten wollen wir wissen, ob dies stimmt.“

Häussler erläuterte: „Etwa zehn Prozent der Arbeitskosten gehen auf Gesundheitsausgaben zurück. Gemessen an den Gesamtkosten der Unternehmen, also dem Produktionswert, liegt der Anteil sogar nur bei rund drei Prozent. Wir haben auch festgestellt, dass zwischen 1995 und 2000 alle Kostengrößen stärker zugenommen haben als die gesundheitsbedingten Belastungen der Arbeitgeber. Damit hat das Gesundheitssystem den Anstieg der Arbeitskosten sogar abgebremst.“

Die Branchenbetrachtung (chemische Industrie, Fahrzeugbau, Finanzdienstleistungen, Textilindustrie und Gesundheitssektor) lässt ebenfalls keinen Zu-

sammenhang zwischen gesundheitsbedingter Arbeitgeberbelastung und Beschäftigungsentwicklung erkennen. In der Textilindustrie zum Beispiel ist die Belastung zwischen 1995 und 2000 um 16,2 Prozent gesunken; die Beschäftigung ist dadurch jedoch nicht gestiegen, sondern hat um 26,8 Prozent abgenommen. Im Fahrzeugbau ist die Beschäftigung um 18,3 Prozent gewachsen, obwohl die gesundheitsbedingten Belastungen um 31 Prozent zugenommen haben.

Auch die Effekte der Gesundheitsreform hat das Gutachten unter die Lupe genommen. In der Endstufe 2007 werden die Arbeitgeber (bezogen auf das Untersuchungsjahr 2000) um acht Milliarden Euro entlastet. Gaben die Unternehmen diese Einsparungen an die Käufer weiter, sinken die Kosten deutscher Produkte dadurch um etwa zwei Promille. Häussler: „Ein VW Golf würde um 28,88 Euro billiger, eine Versicherungspolice (200 Euro) um 37 Cent.“

Quelle: [www.iges.de](http://www.iges.de)

sorgung berechtigt, sollen das künftig auch die Kinder von Privatversicherten sein.

2. Die Umverteilung zu nicht berufstätigen Ehepartnern wird abgeschwächt. Im bisherigen System ist der Ehepartner beitragsfrei mitversichert; künftig müssen pro Kopf Beiträge bezahlt werden. Abgemildert wird das durch die Regelung, wonach bei nicht-verdienendem Ehepartner die Belastung durch die Prämie 7% des Gesamteinkommens nicht überschreiten soll.

3. Die Umverteilung von oben nach unten. Die zu beurteilen ist am schwierigsten. Bisher scheint es bei den Gesundheitskosten eine Umverteilung von oben nach unten zu geben. Jedenfalls steigen die Beiträge bis zur Beitragsbemessungsgrenze von 3.500 Euro linear an, wer mehr verdient, zahlt mehr (der Bereich der Privatversicherten, das sind aber nur etwa 9% der Bevölkerung, einmal nicht in Betracht gezogen). Wie stark das allerdings durch unterschiedliche Inanspruchnahme der Leistungen modifiziert wird, ist nicht bekannt. Die Union will nun die Besserverdienenden deutlich entlasten: War bisher beim Einkommen ab 3.500 Euro monatlich etwa 490 Euro Lohnabzug fällig (plus noch mal 490 Euro Arbeitgeberbeitrag), würden künftig nur noch 109 Euro (bzw. 218 bei nichtverdienendem Ehepartner) fällig, beim Arbeitgeber bliebe es bei 60 Euro. Eine Umverteilung nach oben soll das im Endeffekt dennoch nicht werden, weil entsprechend die Steuer für Spitzenverdiener nicht im ursprünglichen Umfang gesenkt werden soll. Zu Recht ist hier das Misstrauen der Öffentlichkeit groß: Denn erst einmal würden für diesen Personenkreis die Ausgaben für Gesundheitsversicherung drastisch sinken und weniger Steuern gibt's auch.

4. Die Union verspricht mit ihrem Vorschlag Verzerrungen zwischen den Krankenkassen abzubauen und den Wettbewerb zu fördern: „Damit ist in Zukunft ein Versicherter mit 1.000 Euro Monatseinkommen für die Versicherungen ein gleich guter Kunde wie ein Versicherter mit 3.500 Euro Monatseinkommen“, heißt es in dem Papier von Merkel und Stoiber. Das war aber für die Kassen bisher nur bedingt ein Problem. Viel größer sind die Differenzen in Bezug darauf, wie die Leistungen in Anspruch genommen werden, ob viele Mitglieder jung und gesund sind oder mehr Rentner und gesundheitlich Angeschlagene. Der Wettbewerb zwischen den Kassen wird auf Differenzierung bei den Leistungen hinauslaufen.

5. Stoiber und, schon weniger, Merkel beteuern, Spitzenmedizin solle es auch künftig für jeden geben. Die Wettbewerbsbetonung und die Verlagerung der Finanzierung auf Steuermittel deuten allerdings auf eine Absenkung der Grundversorgung hin, egal wie der Vorschlag noch modifiziert wird. alk

#### **Nach den Wahlerfolgen**

## **Werden die Nazis sich etablieren?**

Nachdem die NPD zuerst im Saarland vier Prozent erzielte und in Sachsen dann auch noch in den Landtag einzog, gibt sie im rechtsextremistischen Sumpf den Ton an und zwingt die Öffentlichkeit zur Beschäftigung mit ihren Zielen und Strategien. Auch dem Parteivorsitzenden Dipl. sc. pol. Udo Voigt ist klar, dass die NPD ab jetzt an dem Erfolg bei Wahlen hängt. Da geht es nicht nur um den Bonus im Kampf um Anerkennung. Die Partei stellt ihre Arbeitsweise auf die erheblichen Geldmittel ein, die mit dem Erfolg verbunden sind. Zu einem Rückbau wird sie kaum in der Lage sein. Das weiß die NPD, denn ihr Wiederaufstieg aus den Niederlagen der APO-Zeit hat lange gedauert.

Auch das Bündnis von NPD und DVU würde eine Niederlage wohl nicht überdauern und aus der angestrebten Einbeziehung der REP würde garantiert nichts. Das heißt es, wenn Voigt sagt, dass mit dem Überspringen der Fünf-Prozent-Sperrklausel in Schleswig Holstein die NPD die „angebliche Einzigartigkeit eines Erfolges in Mitteleuropa widerlegen“ werde.

„Erstmalig nach dem bitteren Ende des Zweiten Weltkrieges“ scheine es nun möglich, eine „starke nationale Fraktion in den deutschen Reichstag zu entsenden“.

#### **Die nationale Masche der NPD ...**

Den Erfolg sucht die NPD mit einer Strategie, die soziale Anliegen und Bedürfnisse als nationale formuliert und zwar im Gegensatz zum Rest der Welt. So behauptet sie anlässlich Hartz IV, dass „es auch anders gehen würde, wenn deutsches Geld für deutsche Aufgaben eingesetzt würde“.

Verschiedene Wahlauswertungen zeigen recht deutlich, dass die SPD auf diese Weise angefressen werden kann, und sie zeigen, dass nationalistisch orientierte Menschen die PDS auch dann nicht wählen, wenn sie in soziale Not geraten. Die PDS, das zeigen verschiedenste Wahluntersuchungen, hat mit dem nationalen Milieu eine viel geringere Schnittmenge als die SPD.

#### **... und wer sich darin verfängt**

Es ist lange bekannt, dass im ideologischen Gefüge der BRD-Gesellschaft eine starke nationale Komponente vorliegt. Sie wird durch eine spezifische Art der Erfahrung von Problemen tagtäglich neu und massenhaft generiert. Das untergeordnete Individuum sagt zu seiner Unterordnung ein frohes Ja, das gefährdete Ich sichert sich eine Rückzugsmöglichkeit in die Fürsorge der Familie, des Vaterlandes. So wenig wie seine Eltern kann der Mensch das Land seiner

Geburt wählen. Diese Situation, vorgefundene Mächte ausgeliefert zu sein, aus der Folgsamkeit gegen Liebe herauszuwachsen scheint, kann dauern. Derartige Strukturen der Auseinandersetzung mit dem Glück oder Unglück der Welt sind wenigstens als Reste allgegenwärtig. In so verstandenen sozialen Strukturen kommt es darauf an, dass jedes Element seinen Ort kennt, ihn einhält und umgekehrt dort gehalten und erhalten wird. In diesem System wechselseitiger asymmetrischer Versprechungen, sichern die Herrschenden den Unterhalt der Beherrschten, die ihnen folgen. Die Stabilität der Beziehung zwischen Führenden und Geführten wird als Grundlage von Gesellschaft gesehen. Alles kommt auf Loyalität an, zu Deutsch: Treue. Die NPD bezeichnet eine derartige Struktur mit den Worten: Arbeit – Familie – Vaterland.

Das Dazugehören ergibt sich ohne Zutun, man wird in diesen Zusammenhang hineingeboren oder durch die Entscheidung Mächtiger aufgenommen.

Wenn auch ein großer Teil tagtäglicher Erfahrungen sich zunächst nach diesem Schema ordnen lässt, hört seine Brauchbarkeit auf, wo es um vertraglich regulierte Beziehungen geht, das geht schon damit an, dass sie wenigstens auf der Fiktion freier Wahl der Vertragschließenden beruhen, und geht damit weiter, dass Leistung und Gegenleistung zu analysieren und gegeneinander aufzurechnen sind. So kann z.B. fehlender Sachverständig durch noch so herzliche Gesten der Gefolgschaftstreue letztlich nicht ausgeglichen werden.

Aus diesem Umstand hat sich der ganze Komplex entwickelt, in dem die Freiheit des Individuums und seine Menschenwürde als Grundbedingung gesellschaftlicher Verbindung vertreten werden.

In den letzten Jahrzehnten schält sich immer deutlicher heraus, dass diese Grundstruktur auch im Arbeitsleben anerkannt wird. Das Direktionsrecht, das rechtlich die Fabrikverhältnisse bestimmt und in dem der Führergedanke lebt, greift aus praktischen Gründen nicht mehr so recht durch.

Noch in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts konnte die industrielle Arbeit als vor allem durch eine ordnende Hand diszipliniertes Geschehen begriffen werden, heute ist klar, dass die modernen arbeitsteiligen Prozesse vor allem durch die freie Kooperation der Arbeitenden getragen werden und deswegen nur als Selbstorganisation von Arbeitskräften ablaufen können, die besser von Befehl und Gehorsam, Führerherrschaft und Gefolgschaftstreue und Ähnlichem frei sein sollten.

Da dazu im Widerspruch im kapital-

dominierten Arbeitsleben Organisationsvorgänge immer noch durch Kommandostrukturen vollzogen werden, bestehen für die Individuen verschiedene Möglichkeiten zur Ordnung ihres Denkens, bestärkt werden Potentiale kritischen Denkens, aber es besteht nach wie vor die Möglichkeit, im Gefolge der Autorität zu überleben.

#### **Starkes Potential und seine Schwäche**

Mit dem schieren Tatbestand der Dauer bilden soziale Prozesse Gemeinschaft, sie konstituieren eine Zusammengehörigkeit, die zu Erwartungen Anlass gibt, die für berechtigt gehalten werden und von denen andere ganz automatisch und mit Recht als ausgeschlossen begriffen werden, einfach weil sie nicht „dazu gehören“.

Der moderne Nationalismus speist sich aus diesem permanenten Geschehen unreflektierter Gemeinschaftsbildung. Als Organisationsprinzip des modernen Lebens in seinen entscheidenden Bereichen eignet er sich nicht. Er führt unbedingt zur Enttäuschung der Erwartungen, die er heranzüchtet. Die Loyalität, die bedingungslose Treue, die er voraussetzt, wird allseitig gebrochen, das autoritätsfixierte Individuum bleibt ratlos zurück. Diese Ratlosigkeit kann im parlamentarischen System als politische Kraft erscheinen, weil die gebrochene Loyalität vom Staat als höchster Autorität eingefordert werden kann und weil dies durch den einfachen Akt der Stimmabgabe möglich ist.

Auf eine verschwommene Weise nimmt die NPD übrigens durchaus wahr, dass die von ihr verkörperten Werte nicht zur Organisation der Gesellschaft taugen. Während sich im „Kampf um die Straße“ mit einer Handvoll Rabbauken allerhand ausrichten lässt und „im Kampf um die Parlamente“ randständige Gruppen als Macht erscheinen, konstatiert man Schwierigkeiten, die sogenannten „Köpfe“ zu gewinnen, die gerade in dieser Ideologie so wichtig wären, weil sie das abstrakte Vaterland verkörpern könnten.

Wahrscheinlich hat die nationalistische Rechte solche Schwierigkeiten, Menschen in Führungspositionen zu gewinnen, weil sich mit diesem Gedankengut in der heutigen Welt fast nichts Reales mehr betreiben lässt.

Nur in den Bereichen der Gesellschaft, in denen unmittelbarer Zwang ausgeübt wird und mit offener Gegen gewalt zu rechnen ist, d.h. bei der Armee, der Polizei und bei den Verbrechersyndikaten macht das Organisationsprinzip der Loyalität einen gewissen Sinn.

Da diese sozialen Sonderwelten nur dem Schein nach über die Gesellschaft herrschen, tatsächlich aber unterhalten werden müssen, und weil ihr Organisationsprinzip für die Gestaltung von Arbeitsprozessen immer weniger geeignet

ist, ist der nationalistische, rassistische Rechtsextremismus in den modernen Gesellschaften zwar stets vorhanden und auch stark, aber in seinen Möglichkeiten begrenzt.

#### **Eine irreale Auffassung der Wirtschaftsprozesse und ganz reale Gefahren**

Dennoch befindet sich die BRD-Gesellschaft in einer kritischen Situation. Das Nazimilie, das sich bisher vor allem aus Gescheiterten zusammengesetzt hat und dessen Repräsentanten höchstens noch in Armee und Polizei Zuflucht vor den Gefahren selbständigen Lebens fanden (nicht ohne selbst dort oft genug anzuecken), bezieht gut dotierte Posten im politischen System. Die Struktur von Führung und Gefolgschaft, die in den verwahrlosten Nazibanden mit hohem Risiko für alle Beteiligten immer wieder neu ausgebissen werden muss, kann sich sozial verfestigen, besonders wenn sich Leute herauskristallisieren, die im publizistischen und parlamentarischen Geschäft die Ängste und Enttäuschungen zu einer Konzeption ausbauen. Die Konzeption: Deutschland den Deutschen ist als politisches Gestaltungsprinzip grotesk, sie liefe auf scharfe staatliche Grenzen, einen autarken Staat hinaus. Aber diese Fiktion wird nicht erfunden, um Realität zu werden, sondern um Ratlosigkeit zu fokussieren.

Die wichtige Schwäche der Neonazis in der heutigen Gesellschaft ist wohl, dass eine Legierung ihrer Bewegung mit dem Staatsganzen kaum denkbar ist, anders als zu Zeiten Hitlers, als die Idee eines autarken Staates, der mit der Umwelt auf dem Wege der Eroberung zu verkehren sucht, für einige wenige unheilvolle Jahre wirkungsmächtig wurde, würde dergleichen heute in ziemlich kurzer Zeit das Wirtschaftsleben zum Erliegen bringen.

#### **Die neuen Nazis und die neuen Kriege**

Aber diese Wahlerfolge können zur Verfestigung eines Nazimilieus führen, zu einer Subkultur, die im politisch-parlamentarischen System angedockt hat und die für das politische System Hilfs truppen bereithält, die zu außergesetzlicher Gewalt bereit sind, wenn Staatsziele mit legalen Mitteln nicht erreicht werden.

So hat nach dem Zerfall der realsozialistischen Staaten vor allem die faschistische Bewegung eine Automatik anstoßen können, die zur praktischen Abschaffung des Asylrechts führte.

So ist aktuell zu befürchten, dass gewaltbereite Nazihäufen auf außergesetzlichem Wege zum Terror gegen die muslimischen Minderheiten in Europa schreiten. Sie erfüllen damit eine Funktion in dem Krieg der Westmächte gegen die muslimische Welt.

Die Unbrauchbarkeit dieser Bewegung, ihrer Repräsentanten wie ihrer Mit- und Nachläufer, in allen Belangen

des zivilen Lebens geht Hand in Hand mit einer gewissen Brauchbarkeit für das Kriegsgeschäft und die Terrorisierung von Minderheiten, die nichts anderes ist als ein Krieg gegen Mitbürger.

#### **Gegenmittel Zivilgesellschaft**

Die Nazibewegung kann vor allem durch die Stärkung all der Institutionen getroffen werden, die eine zivile, mitbürgerliche, mitmenschliche Organisation des persönlichen und des öffentlichen Lebens begünstigen. Die Verteidigung interkultureller Solidarität als Lebensweise, die Errichtung und Stärkung von Institutionen, die Kooperation von Menschen verschiedener kultureller Orientierung und Lebensweise zu lassen und entwickeln, die Organisation der öffentlichen Einrichtungen, besonders im Bereich von Schule und Erziehung, wird die Anziehungskraft der Nazis brechen. Sie werden dem gesellschaftlichen Druck einer zivilen Lebensorganisation nicht standhalten. So war es auch nach dem Zweiten Weltkrieg. Wie viele Deutsche haben Hitler Tränen nachgeweint? Viel zu viele, aber anderseits waren es nur wenige und immer weniger.

Allerdings ergab sich in der Nachkriegs-BRD eine Situation langandauernden Wirtschaftswachstums. Heute, in einer Situation der wirtschaftlichen Stagnation auf relativ hohem Niveau, ist es entscheidend wichtig, dass öffentliche Einrichtungen da sind, die es breiten Massen ermöglichen, selbst etwas zur Bewältigung der Gegebenheiten zu tun. Stichworte dazu wären lebenslanges Lernen, Ausbildung, menschenwürdig organisierter zweiter Arbeitsmarkt, interkulturelle Aktivitäten.

#### **Nationale Abgrenzung**

So wie die Ideologie der Ausgrenzung den Anforderungen der Lebensorganisation nicht standhält, so verhält es sich auch mit der außenpolitischen Orientierung. Um es zu wiederholen: Die angepeilte Identität von Staatsgewalt und Kulturgemeinschaft schreit laut nach scharf beachteten Grenzen, hohen Mauern, Zöllen usw. Es ist nicht denkbar, mit einer letztlich in Richtung Autarkie zielenden Wirtschaftspolitik auch nur entfernt die gegenwärtige Produktivität zu erreichen. Solche Zielvorstellungen sind in der Welt der Wirtschaft einfach uninteressant und versponnen.

Dennoch ist die Tendenz der großen Wirtschaftsmächte unübersehbar, große Teile der Welt in beherrschte Gebiete zu verwandeln, in denen nicht das Organisationsprinzip der Selbstbestimmung wirkt, sondern militärisch abgesicherte Fremdbestimmung.

Eine solche Konfiguration der Welt lässt die Institutionen der Selbstbestimmung in den Ländern, die man nur noch als imperialistisch bezeichnen kann, nicht unberührt.

Es ist auf den ersten Blick seltsam, dass gerade die breite Kritik an dem imperialistischen Versuch, die Welt militärisch zu „ordnen“, dazu geführt hat, dass die Grenzen zwischen Links und Rechts sachlich unscharf geworden sind. Für die Nazis war es nicht schwierig, ihre fiktive Lösung „Deutschland den Deutschen“ zur Abgrenzung „deutscher Interessen“ im imperialistischen Gefüge zu nutzen. Ihr praktischer Angriffspunkt ist die Präsenz verschiedener Kulturen und Lebensweisen innerhalb der BRD. Sie können alles, wirklich alles zugestehen, einräumen, ja sich sogar an die Spitze von Bewegungen stellen, wenn nur diese Bedingung eingehalten wird.

#### Probleme der Linken, Chancen der Linken

Linke Politik ist heute in sehr weit gehendem Maße darauf fixiert, Reformen in den durch das nationalstaatliche System gegebenen Grenzen umzusetzen. Der Tunnelblick auf den Akteur Staat ist vielleicht ein Erbe des untergegangenen Realsozialismus, sicher aber nicht eine Tradition der Arbeiterbewegung, die als internationale auf die Weltbühne getreten ist. Heute liegt der kulturelle Rohstoff für eine neue internationalistische Bewegung zum Greifen nahe. Meinungsbildungen und Deklarationen im Rahmen der Uno (ein gutes Beispiel dafür ist die Wanderarbeiterkonvention), Zielsetzungen der internationalen Gewerkschaftsbewegung, partnerschaftliche Beziehungen zwischen Gemeinden und Städten, das und vieles mehr hat sich im Bereich der Nicht-Parteipolitik entwickelt. Diese Kultur der internationalen Kooperation ist eine (freilich bedrohte und gebrochene) Realität, sie ist eine Voraussetzung für das Funktionieren der globalen Beziehungen. Sie wird in ihrer tragenden Bedeutung aber nicht anerkannt, jedenfalls nicht als Gestaltungsprinzip von Reformpolitik formuliert.

Das Ziel der neuen Nazis ist eine Bewegung zur Vertreibung der sogenannten Ausländer aus Deutschland, wobei die Entrechtung als Schritt der Vertreibung gesehen wird. Sie können mit dieser Strategie aufs Zusammenspiel mit den staatlichen Stellen setzen, die angesichts der weltweiten Kriege auf Repression und Kontrolle von Minderheiten eingestellt sind. Die so durch gesetzliche Maßnahmen, durch ungesetzliche Mord- und Pogromtaten und schließlich auch durch unrechte Gesetze bedrohte Kultur des Zusammenlebens hat in der Bevölkerung wohl der allermeisten Länder einen starken Rückhalt, es ist politischer Stoff für die Entwicklung zivilen und solidarischen Institutionen vorhanden und letztlich sind es die damit verbundenen Lebenschancen, an denen die Nazibewegung sich bricht und zerstreut. (maf)

Quelle: div. Dokumente der NPD

**Uri Averny**

## Arafat, ein Mann und sein Volk

**Uri Averny, Prominenter der israelischen Friedensbewegung, nahm an der Trauerfeier für den verstorbenen palästinensischen Präsidenten Yassir Arafat in Ramallah teil. Wir dokumentieren aus seinem Nachruf auf Arafat.**

*Wo immer er auch nach seinem Tod begraben werden mag, es wird der Tag kommen, an dem seine sterblichen Überreste durch eine freie palästinensische Regierung zu den muslimischen heiligen Stätten in Jerusalem überführt werden.*

Yasser Arafat ist einer aus der Generation der großen Führer, die nach dem 2. Weltkrieg auftraten. Die Statur eines Führers wird nicht einfach nur von dem bestimmt, was er erreicht hat, sondern auch von der Größe der Hindernisse, die er überwinden musste. In dieser Hinsicht hat Arafat weltweit keinen Konkurrenten: kein Führer unserer Generation musste solch grausame Tests bestehen und mit so viel Unglück fertig werden wie er. Als er Ende der 50er Jahre auf der weltpolitischen Bühne auftauchte, war sein Volk nahe daran, in Vergessenheit zu versinken. Der Name Palästina war von der Landkarte gelöscht worden. Israel, Jordanien und Ägypten hatten das Land unter sich aufgeteilt. Die Welt hatte sich entschieden, dass es keine palästinensische nationale Entität gibt, dass das palästinensische Volk zu existieren aufgehört hat – falls es überhaupt jemals existiert hat.

Innerhalb der arabischen Welt wurde die „Palästinensische Sache“ noch erwähnt, aber sie diente nur als Ball, der zwischen arabischen Regierungen hin und her gestoßen wurde. Jede versuchte, sie für ihre eigenen egoistischen Zwecke zu benutzen, gleichzeitig aber jede unabhängige palästinensische Initiative brutal zu unterdrücken. Fast alle Palästinenser lebten in Diktaturen, die meisten unter erniedrigenden Umständen.

Als Yasser Arafat, damals ein junger Ingenieur in Kuwait, die „Palästinensische Befreiungsbewegung“ gründete, deren Initialen rückwärts gelesen Fatah ergeben, meinte er zunächst Befreiung von den verschiedenen arabischen Führern, um das palästinensische Volk für sich selbst sprechen und handeln zu lassen. Das war die erste Revolution des Mannes, der während seines Lebens wenigstens drei große Revolutionen in die Wege leitete.

Es war eine gefährliche Revolution. Fatah hatte keine unabhängige Basis. Sie musste in den arabischen Ländern agieren, wo sie oft gnadenlos verfolgt wurde. Eines Tages wurde z.B. die gan-

ze Führung der Bewegung, einschließlich Arafats, vom damaligen syrischen Diktator, weil sie seinen Befehlen nicht gehorchte, ins Gefängnis geworfen. Nur Umm Jihad, die Frau von Abu Jihad, blieb frei. Sie übernahm das Kommando für die Kämpfer.

Jene Jahre prägten Arafats charakteristischen Stil. Er musste zwischen den arabischen Führern manövriert, spielte sie gegeneinander aus, benutzte Tricks, Halbwahrheiten, doppeldeutiges Gerede, wich Fallen aus und umging Hindernisse. Er wurde Weltmeister der Manipulation. Auf diese Weise rettete er in der Zeit ihrer Schwäche die Befreiungsbewegung vor vielen Gefahren, bis sie zu einer starken Kraft werden konnte.



Gamal Abd-al-Nasser, der ägyptische Herrscher, der in jener Zeit der Held der ganzen arabischen Welt war, war vor der aufkommenden unabhängigen palästinensischen Bewegung beunruhigt. Um sie beizeiten abzuwürgen, schuf er die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) und setzte einen palästinensischen politischen Söldner an ihre Spitze, Ahmed Shukeiri. Aber nach der schändlichen Schlappe der arabischen Armeen 1967 und dem aufregenden Sieg der Fatah-Kämpfer gegen die israelische Armee in der Schlacht von Karameh (März 1968), übernahm die Fatah die PLO, und Arafat wurde der unbestrittene Anführer des ganzen palästinensischen Kampfes.

Mitte der 60er-Jahre begann Yasser Arafat mit seiner zweiten Revolution: mit dem bewaffneten Kampf gegen Israel. Die Anmaßung war fast absurd: eine Handvoll schlecht bewaffneter und deshalb nicht besonders wirksame Guerrillas gegen die mächtige israelische Armee. Es war auch nicht in einem Land mit undurchdringlichem Dschungel oder schwer begehbar Gebirgsketten,

sondern in einem schmalen, fast nur flachen, dichtbevölkerten Landstrich. Aber dieser Kampf brachte die palästinensische Sache auf die Agenda der Welt. Es muss offen eingestanden werden: ohne die mörderischen Angriffe hätte die Welt dem palästinensischen Ruf nach Freiheit keine Aufmerksamkeit geschenkt.

Als Folge davon wurde die PLO als die „einige Vertretung des palästinensischen Volkes“ anerkannt, und vor genau dreißig Jahren wurde Yasser Arafat eingeladen, seine historische Rede vor der UN-Generalversammlung zu halten: „Heute kam ich hierher, in der einen Hand den Ölzweig und in der anderen Hand das Gewehr der Revolution. Lasst den grünen Zweig nicht aus meiner Hand fallen!“

Für Arafat war der bewaffnete Kampf nur ein Mittel – nicht mehr. Nicht Ideologie, nicht eine Sache per se. Für ihn war klar, dass dieses Instrument das palästinensische Volk stärken und so die Anerkennung der Welt gewinnen, dass es aber nie Israel besiegen würde.

Der Yom Kippur-Krieg im Oktober 1973 veranlasste in seiner Zielsetzung eine neue Kehrtwende. Er sah, wie die Armeen Ägyptens und Syriens nach einem glänzenden, anfänglich überraschenden Sieg gestoppt und am Ende von der israelischen Armee besiegt wurden. Das überzeugte ihn schließlich, Israel sei nicht durch Waffengewalt zu überwältigen.

Deshalb fing Arafat unmittelbar nach diesem Krieg seine dritte Revolution an: er entschied, die PLO müsse mit Israel ein Abkommen erreichen und sich mit einem palästinensischen Staat auf der Westbank und im Gazastreifen zufrieden geben.

Nun war er mit einer historischen Herausforderung konfrontiert. Er musste das palästinensische Volk davon überzeugen, seinen historischen Standpunkt aufzugeben, nämlich die Legitimität des Staates Israel zu leugnen, und sich nur mit den restlichen 22% des Palästinengebietes von vor 1948 zufrieden zu geben. Ohne dies ausdrücklich festzustellen, war es klar, dies habe auch den Verzicht einer unbegrenzten Rückkehr von Flüchtlingen auf das Gebiet Israels zur Folge.

Daran begann er auf seine ihm eigene Weise zu arbeiten: mit Hartnäckigkeit, Ausdauer und Tricks – zwei Schritte vorwärts, einen zurück. Wie ungeheuerlich diese Revolution war, kann an einem Buch gesehen werden, das die PLO 1970 in Beirut veröffentlichte, das in scharfer Weise die Zwei-Staaten-Lösung (die der „Avnery-Plan“ genannt wurde, weil ich damals sein ausgesprochener Befürworter war) angriff.

Historische Gerechtigkeit verlangt, klar zu stellen, dass es Arafat war, der das Oslo-Abkommen als Vision zu einer Zeit vor Augen hatte, als Yitzhak Rabin

und Shimon Peres noch hoffnungslos an der „Jordanischen Option“ festhielten, einer Überzeugung, dass man das palästinensische Volk ignorieren und die Westbank an Jordanien zurückgeben kann. Von den drei Nobelpreisträgern hat Arafat den Friedensnobelpreis am meisten verdient.

Seit 1974 war ich Zeuge der enormen Bemühungen, die Arafat investierte, um sein Volk dahin zu bringen, diese neuen Wege mitzugehen. Nach und nach wurden sie vom Palästinensischen Nationalrat, dem Parlament im Exil, akzeptiert. Zunächst durch eine Resolution, die besagt, eine palästinensische Behörde „in jedem von Israel befreiten Teil Palästinas“ aufzubauen und 1988, einen palästinensischen Staat neben Israel zu errichten.

Arafats (und unsere) Tragödie bestand darin, dass, sobald er sich einer friedlichen Lösung näherte, die israelische Regierung sich davon zurückzog. Seine Mindestforderungen waren klar und blieben seit 1974 unverändert dieselben: ein palästinensischer Staat auf der Westbank und im Gazastreifen, palästinensische Herrschaft über Ost-Jerusalem (einschließlich des Tempelberges – aber ohne die Klagemauer und das jüdische Viertel); die Wiederherstellung der Grenzen von 1967 mit der Möglichkeit von begrenztem, aber gleichwertigem Landaustausch; Evakuierung aller israelischen Siedlungen auf palästinensischem Gebiet und die Lösung des Flüchtlingsproblems in Abstimmung mit Israel. Für Palästinenser ist dies das äußerste Minimum – mehr können sie nicht aufgeben.

Vielleicht war Yitzhak Rabin am Ende seines Lebens dem sehr nahe gekommen, als er im Fernsehen erklärte, „Arafat sei sein Partner“. Alle seine Nachfolger wiesen dies zurück. Sie waren nicht bereit, Siedlungen aufzugeben, im Gegenteil, sie erweiterten sie unaufhörlich. Sie widersetzen sich jeder Bemühung, eine endgültige Grenze festzusetzen, da ihre Vorstellung von Zionismus eine ständige Ausdehnung fordert. Deshalb sahen sie in Arafat einen gefährlichen Feind und versuchten, ihn mit allen Mitteln, einschließlich einer unerhörten Kampagne der Dämonisierung, zu vernichten. So Golda Meir („So etwas wie ein palästinensisches Volk gibt es nicht“). So Menachem Begin („Zwei-beiniges Tier... der Mann mit den Haaaren im Gesicht ... der palästinensische Hitler“). So Binyamin Netanyahu, so Ehud Barak („Ich habe ihm die Maske vom Gesicht gezogen“). So auch Ariel Sharon, der ihn in Beirut zu töten plante und es seitdem immer wieder versuchte.

Kein Befreiungskämpfer hat während des letzten halben Jahrhunderts so ungeheure Hindernisse überwinden müssen wie Arafat. Er war nicht mit einer üblichen gehassten Kolonialmacht kon-

frontiert oder einer verachteten rassistischen Minderheit, sondern mit einem Staat, der nach dem Holocaust entstand und von der Sympathie und den Schuldgefühlen der Welt unterstützt wurde. In jeder Hinsicht – in militärischer, wirtschaftlicher und technologischer Hinsicht – ist die israelische Gesellschaft der palästinensischen weit überlegen. Als er dazu aufgerufen wurde, eine palästinensische Behörde aufzubauen, konnte er nicht wie Nelson Mandela oder Fidel Castro einen vorhandenen Staatsapparat übernehmen, sondern nur unzusammenhängende, verarmte Teile des Landes, dessen Infrastruktur durch Jahrzehntelange Besatzung zerstört worden war. Er übernahm nicht eine Bevölkerung, die auf ihrem Land lebte, sondern ein Volk, das zur Hälfte aus Flüchtlingen besteht und in viele Länder zerstreut ist. Die andere Hälfte war entlang politischen, wirtschaftlichen und religiösen Linien zerrissen. All dies, während der Befreiungskampf weiterging. Es ist Yasser Arafats historisches Verdienst, alle Teile zusammen gehalten und unter diesen Bedingungen nach und nach zu seinem Ziel geführt zu haben.

Große Menschen haben auch ihre Schattenseiten. Eine davon war seine Neigung, alle Entscheidungen alleine zu treffen, besonders nachdem alle seine engsten Mitstreiter getötet worden waren. Einer seiner schärfsten Kritiker sagte deshalb zu Recht: „Es ist nicht sein Fehler. Wir sind es, die dafür verantwortlich zu machen sind. Seit Jahrzehnten ist es unsere Gewohnheit, vor allen schweren Entscheidungen, die Mut und Kühnheit erforderten, davon zu laufen. Wir sagten immer: „Lasst Arafat entscheiden!““

Und er entschied. Wie ein richtiger Führer ging er voran und zog sein Volk mit. So stand er den arabischen Führern gegenüber, so begann er den bewaffneten Kampf, so streckte er gegenüber Israel die Hand zum Frieden entgegen. Wegen seines Mutes hat er die Bewunderung und die Liebe seines Volkes verdient – trotz aller Kritik. Wenn Arafat stirbt, wird Israel einen großen Feind verlieren, der ein großer Partner und Verbündeter hätte werden können. Mit den Jahren wird seine Gestalt im historischen Gedächtnis immer mehr wachsen.

Was mich betrifft: ich achte ihn als palästinensischen Patrioten; ich bewundere ihn für seinen Mut; ich verstehe die Bedingungen, unter denen er arbeiten musste; ich sah in ihm den Partner, mit dem man eine neue Zukunft für beide Völker hätte bauen können. Ich war sein Freund.

So wie Hamlet über seinen Vater sagte: „Er war ein Mann, nehmt alles nur in allem; ich werde nimmer seinesgleichen sehn.“

ZNet ([www.zmag.de](http://www.zmag.de)) 8.11.2004

## Italien: Grüfte der Täter

Anlässlich der staatlichen Totenehrungen am „Volks- trauertag“ hat das Auswärtige Amt der BRD den Soldatenfriedhof Costermano (Provinz Verona) erneut mit Kränzen bedacht. Die Ehren- gebinde wurden vom deutschen Generalkonsul in Mailand, Folkmar Stoecker, abgelegt, der gemeinsam mit Offizieren der Bundes- wehr anreiste. Während an den 22.000 Gräbern das „Lied vom guten Kameraden“ erschallte, forderte eine Gruppe prominenter Demonstranten vor dem Friedhof zur Würdigung der Opfer auf. Trotz jahrelanger Proteste pflegt der „Volksbund deutsche Kriegsgräberfürsorge“ (VDK) in Costermano die Gräber mehrerer KZ-Mörder und zahlreicher SS-Angehöriger. Auf diesen Hintergrund der deutschen Totenehrungen wiesen Historiker auf einer Tagung am Wochenende im benachbarten Verona hin. ([www.german-foreign-policy.com](http://www.german-foreign-policy.com), Bild: Kranzniederlegung der Reservistenkameradschaft München in Costermano im Jahr 2003)



schließung des gesamten Balkan. In Deutschland sorgt unterdessen die enge personelle Verflechtung zwischen dem Energiekonzern und der rot-grünen Bundesregierung für Unmut unter Wirtschaftsberatern. Sie werfen der Regierung vor, einseitig zu Gunsten von Eon zu intervenieren.

## Studentenunruhen in Istanbul und Ankara

Zu schweren Straßenschlachten mit der Polizei kam es am Samstag, 5.11., bei Studentendemonstrationen in Istanbul und Ankara. Tausende Studenten demonstrierten für eine Auflösung des Hochschulrats YÖK und die Freiheit von Lehre und Forschung.

In einer gemeinsamen Erklärung kritisierten Studenten verschiedener Universitäten und der „Gesellschaft für Meinungsfreiheit und Ausbildungsräte“ Özgür-Der anlässlich des 23. Jahrestags der YÖK-Gründung eine „Kasernenhofmentalität“ im türkischen Bildungswesen. Seit einem Vierteljahrhundert habe sich der YÖK wie eine „dunkle Wolke“ über die Universitäten gelegt. Reformen seien allein im Interesse des Kapitals geschehen.

Panzerwagen stoppten einen Demonstrationszug linker Studentenorganisationen am Stadtzentrum von Ankara. Als Anti-Aufruhr-Polizei die Demonstranten mit Tränengas, Schlagstöcken und Hunden angriff, wehrten sich die zum Teil vermummten Studenten mit Molotowcocktails und Steinen. Mehr als 50 Demonstranten wurden festgenommen. Auch bei Straßenschlachten in Istanbul kam es zu Festnahmen. Allein in Ankara waren nach Informationen der regierungsnahen Nachrichtenagentur Anadolu rund 4000 Polizisten im Einsatz.

Der YÖK ist ein Relikt der Militärdiktatur. Dieses Gremium ist zuständig für alle Belange der Hochschulen von den Lehrinhalten, über die Besetzung der Lehrstühle bis zur organisatorischen

Ausrichtung. Auch die Dekanen der Fakultäten werden vom YÖK ernannt. Die Mitglieder des YÖK werden vom Ministerrat ausgewählt. Bis zur jüngsten Reform im Rahmen der EU-Annäherung gehörten dem Hochschulrat auch Militärvertreter an. Während linke Studentenorganisationen, aber auch Staatspräsident Ahmet Necdet Sezer die willkürlichen Eingriffe des YÖK kritisieren, sehen Kemalisten im YÖK ein Bollwerk gegen einen wachsenden Einfluss von Islamisten auf die Universitäten.

Bereits am Donnerstag und Freitag war es an Universitäten in Istanbul und Ankara zu Kämpfen zwischen Anhänger linker und rechter Organisationen gekommen. Auslöser war eine Demonstration nationalistischer Studenten auf dem Campus der Istanbuler Marmara Universität. Die Polizei beendete die mit Stöcken und Steinen ausgetragenen Auseinandersetzungen. (Nick Brauns, 7.11., [www.dkg-muenchen.de](http://www.dkg-muenchen.de))

## Türkei: Schließungsgefahr für Lehrergewerkschaft

Zwar war der Antrag auf Schließung der Lehrergewerkschaft Egitim Sen in erster Instanz vom Arbeitsgericht abgelehnt worden, doch wurde nun dieses Urteil vom Kassationsgerichtshof aufgehoben. Geklagt hatte der Generalstab und der Provinzgouverneur von Ankara, weil die Verankerung des Ziels muttersprachlichen Unterrichts auch in anderen Sprachen als Türkisch in der Satzung der Gewerkschaft gegen die Verfassung verstöße. Mit dem Urteil des Kassationsgerichtshofes wurde das Verfahren an das Arbeitsgericht zur erneuteten Beratung zurücküberwiesen. ([www.istanbulpost.net](http://www.istanbulpost.net))

## Türkei: Vier Jahre Haft für Mord durch Folter

Mit dem Urteil des Kassationsgerichtshofes im Fall des Gewerkschafters Süleyman Yeter, der im Gefängnis zu Tode gefoltert wurde, erlangte die verhängte Haftstrafe von 4 Jahren und 2 Monaten Rechtskraft. Yeter war zunächst 1997 wegen des Vorwurfs der Mitgliedschaft einer verbotenen Vereinigung verhaftet und gefoltert worden. Wieder auf freien Fuß zeigte Yeter 15 Polizeibeamte wegen Folter an. Am 5. März 1999 wurde er erneut verhaftet und verstarb nach 48-stündiger Haft in der Istanbuler Anti-Terror Direktion. Das gerichtsmedizinische Urteil kam zu dem Schluss, dass die Todesursache Folter sei, woraufhin drei Beamte angeklagt wurden. Das geringe Strafmaß wurde damit begründet, dass die Tat nicht einer Person unmittelbar zugeordnet werden konnte. Außerdem wurde den verurteilten Polizisten „gute Führung“ zugebilligt. (istanbulpost)

Zusammenstellung: alk

## Deutsche Kommunalpolitik in Polen

Eine Veranstaltung der deutschen „Landsmannschaft Ostpreußen“ im polnischen Olsztyn hat Proteste der Bevölkerung ausgelöst. Die „Landsmannschaft“ hießt auf polnischem Boden ihren „4. Kommunalpolitischen Kongress“ ab und propagierte dabei das Fortbestehen des NS-Verwaltungsbereichs „Ostpreußen“. Die angebliche Zuständigkeit der deutschen „Landsmannschaft“ für hoheitliche Kommunalbelange im Gebiet Olsztyn zielt auf die schrittweise Durchsetzung eines „Rechtes auf Heimat“. Das völkerrechtswidrige Auftreten der deutschen „Landsmannschaft“ in Polen ist Vorbild für gleichgerichtete Aktivitäten weiterer deutscher Vertriebenenverbände und strahlt auch nach Tschechien aus. ([www.german-foreign-policy.com](http://www.german-foreign-policy.com))

## Brückenkopf

Die deutsche Eon AG übernimmt einen Großteil der ungarischen Gasversorgung. Der Konzern hat zuvor bereits in den angrenzenden Ländern Slowakei, Rumänien und Bulgarien Energieversorgungsunternehmen übernommen. Mit dem Erwerb in Ungarn verfügt das deutsche Unternehmen nun über einen „Brückenkopf“ für die geplante Er-

**GORLEBEN.** Nachdenken, Trauer und Wut über den Tod des 21-jährigen Sébastien Briat begleiteten die diesjährigen Proteste gegen den Castorzug von La Hague nach Gorleben. Sébastien hatte sich mit Freunden bei Avricourt (Frankreich) hinter einer Kurve an der Bahnstrecke angekettet und wurde von dem mit 80 km/h fahrenden Castorzug überrollt. In zahlreichen Städten versammelten sich vom 7.–10.11.2004 tausende von AtomkraftgegnerInnen zu Trauermahnwachen und Demonstrationen. Die gewaltfreie Initiative X-tausendmal quer und die wendländische Initiative WiderSetzen hoffen, dass in der nächsten Zeit eine verstärkte Auseinandersetzung mit den politischen Hintergründen stattfinden wird. „Wir haben das Gefühl, dass in den letzten Tagen viele Menschen verstanden haben, dass die Castortransporte ein Symbol für einen ungelösten Konflikt sind, der uns alle betrifft. Es muss endlich wieder Bewegung in die Energiepolitik kommen. Der Weiterbetrieb der Atom-Anlagen, die Atommülltransporte und die ungeklärte Endlagerfrage dürfen nicht länger politisch ausgesessen und an die Polizei delegiert werden“, so Boris Kruse. Zum ersten Mal seit Jahren wurde sowohl die Nord- als auch die Südstrecke von Dannenberg nach Gorleben vollständig blockiert. Insgesamt waren 15.710 Beamte im Einsatz, der ganze Transport kostete 21 Millionen Euro. [www.x1000malquer.de](http://www.x1000malquer.de)



## Zusammenschluss von Sozialhilfe- und Erwerbslosen-Initiativen

**FRANKFURT/MAIN.** Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen (BAG-SHI) und die Bundesarbeitsgemeinschaft der unabhängigen Erwerbsloseninitiativen (BAG-E) haben sich auf ihrer Konferenz vom 5.11.–7.11.04 zur Bundesarbeitsgemeinschaft der Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen zusammengeschlossen. „Ein gemeinsames Auftreten aller durch Armut ausgrenzten ermöglicht zukünftig eine schlagkräftigere Interessenvertretung“, so Erika Biehn, Vorsitzende der neuen Bundesarbeitsgemeinschaft. Einig waren sich die Teilnehmer, in ihren Reihen keine Nazis zu dulden. Die zum Teil verdeckten, zum Teil offenen Unterwandlungsversuche der Neonazis der gegen Hartz IV aktiven Bewegungen zeigen, welche Gefahren der konsequent betriebene Abbau sozialstaatlicher Schutzrechte in sich birgt: „Sie nutzen die augenblicklich angespannte Stimmung, um die von den Verschärfungen der Lebensbedingungen betroffenen Menschen mit einem Konstrukt von Nationalismus und Sozialismus in ein faschistisches Fahrwasser zu lenken“, so Geschäftsführer Jäger. [www.bag-shi.de](http://www.bag-shi.de)

## Attac-Ratschlag beschließt weitere Arbeitsschwerpunkte für 2005

**HAMBURG.** Die Politik der Europäischen Union wird 2005 ein neuer Arbeitsschwerpunkt des Netzwerks Attac. Das haben rund 300 Teilnehmer bei ihrer Bundesversammlung, dem Attac-Ratschlag, in Hamburg beschlossen. Einstimmig verabschiedeten sie eine Reso-

lution gegen den vorliegenden Entwurf der EU-Verfassung und eine Aufklärungs- und Unterschriftenkampagne. Zudem wird sich Attac an einer europaweiten Kampagne gegen die EU-Dienstleistungsrichtlinie („Bolkestein-Richtlinie“) und an einer europaweiten Demonstration am 19. März 2005 in Brüssel beteiligen. Zum 10. Jahrestag der WTO-Gründung will Attac zudem eine kritische Bilanz der Arbeit der Welthandelsorganisation ziehen und die Ungerechtigkeiten im Handel – vor allem bei Landwirtschaft und Dienstleistungen – sowie den Einfluss von Lobbygruppen und Konzernen thematisieren. Auch die Proteste gegen den Sozialabbau (Kampagne „Genug für alle“) sollen fortgesetzt werden. Dabei setzt Attac auf Arbeitsumverteilung und europaweite Sozial- und Umweltstandards und will die Debatte über ein Grundeinkommen und Mindestlöhne vorantreiben. [www.attac.de](http://www.attac.de)

## „Bleiberecht für Flüchtlinge!“ – Demonstration am 20. November

**SCHWERIN.** Die Anti-Lager-Action-Tour machte vor wenigen Monaten auf die Situation von Flüchtlingen in Mecklenburg-Vorpommern aufmerksam, deren Alltag von Residenzpflicht, Arbeitsver-

bot, ständiger Bevormundung und der Angst vor der jederzeit möglichen Abschiebung gezeichnet ist. Den TeilnehmerInnen wurden mit einem großen Polizeiaufgebot und ständigen Schikanen begegnet. Doch mit dem Ende der Tour war die Repression gegen FlüchtlingsaktivistInnen nicht vorbei: Nun soll Akubuo Anusonwu Chukwudi, der sich seit langer Zeit für die Verbesserung der Lebenssituation von AsylbewerberInnen einsetzt, abgeschoben werden. Aus Protest dagegen findet am 20. November in Schwerin eine Demonstration statt. Doch sie soll nicht nur die Abschiebung des Nigerianers thematisieren, der sich Anfang der 90er Jahre in seinem Herkunftsland an demokratischen Protesten beteiligte und dabei vom Militär verletzt wurde. Die Demo fordert zudem ein „gesichertes und dauerhaftes Bleiberecht für alle Flüchtlinge und MigrantInnen in Deutschland!“ Mehr als 50 Menschen, so heißt es, sind in Mecklenburg-Vorpommern gerade von der Abschiebung bedroht. Ihnen müsse nicht nur ein gesicherter Aufenthaltsstatus zustehen, sondern außerdem die rechtliche Gleichstellung mit ihren deutschen Mitbürgern – also die Freiheit, leben und arbeiten zu können, wo sie es wollen. [www.links-lang.de](http://www.links-lang.de)

## „Stoppt die Eskalation im Irak“ – Mahnwachen der Friedensbewegung

**KASSEL.** Am 8. November 2004 trafen sich auf Einladung des Bundesausschusses Friedensratschlag VertreterInnen zahlreicher Friedensinitiativen und -organisationen in Kassel. Das Treffen befasste sich aus aktuellem Anlass u.a. mit der Situation im Irak: In einem drin-



genden Appell wendet sich der Bundesausschuss Friedensratschlag an Politik und Öffentlichkeit, um ein drohendes Massaker in der irakischen Stadt Falludscha zu verhindern. Der Appell fordert die Bundesregierung auf, mit allen Mitteln auf US-Präsident Bush und den britischen Premier Blair einzuwirken, damit diese von ihrem verbrecherischen Plan Abstand nehmen. Selbstverständlich muss die Bundesregierung auch ihre eigene politische, ökonomische und militärische Unterstützung der Besatzungsmächte und des irakischen Marionettenregimes im Irak beenden.

An die Friedensbewegung wird appelliert, ihre Aktivitäten gegen den weiter eskalierenden Irakkrieg wieder zu verstärken. Vorgeschlagen werden wöchentliche Mahnwachen und Aufklärungsaktionen in möglichst vielen Städten und Regionen.

[www.uni-kassel.de/fb10/frieden](http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden)

## Für ein Europa der Resistance – Antifaschistisches Jugendtreffen

BERLIN. Am 8. Januar 2005 findet in Berlin, im Stadthaus Böcklerpark, das 10. Antifaschistische Jugendtreffen der VVN-BdA e.V. (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der AntifaschistInnen) statt. Aus Anlass des 60. Jahrestages der Befreiung von Faschismus und Krieg in Europa lautet das Motto: „Lieber solidarisch als solide arisch – Für ein Europa der Resistance“. Das Jugendtreffen beschäftigt sich intensiv mit der neuen EU-Verfassung. Schwerpunkte sind die militärische und rüstungspolitische Ausrichtung der Verfassung sowie die Asyl- und Flüchtlingspolitik. Des Weiteren wird die Funktion und Wirkung „Sozialer Demagogie“ der alten und neuen Nazis in Europa z.B. bei der Wahl zum EU-Parlament, sowie zu den Landtags- und Bundestagswahlen in Deutschland untersucht. Nach der Eröffnung durch den Widerstandskämpfer Peter Gingold, Mitglied der Resistance in Frankreich, finden wie in den Jahren zuvor Arbeitsgruppen zum Thema statt. Diese sollen die TeilnehmerInnen befähigen, ihre gewonnenen Erkenntnisse aktiv in die nachfolgende Podiumsdiskussion einzubringen. [www.nrw.vvn-bda.de](http://www.nrw.vvn-bda.de)

## Bündnis aktiv gegen neuen Schulgesetzentwurf in Hessen

FRANKFURT/MAIN. Trotz der kurzen bisher zur Verfügung stehenden Zeit von 14 Tagen sind bereits 21.347 Unterschriften gegen den Schulgesetzentwurf der hessischen Landesregierung beim Bündnis „Es geht um unsere Schule“ eingegangen. „Die Unterschriftensammlung ist weiter im vollen Gange“, erklärten die Landeselternbeiratsvorsitzende, Sibylle Goldacker, der Landeschülervertreter, Martin Griga und die

Vorsitzende des Hauptpersonalrats der Lehrerinnen und Lehrer, Angela Schefels, in einer gemeinsamen Presseerklärung. Acht Tage vor der zweiten Lesung des sog. „3. Qualitätssicherungsgesetzes“ und den darin geplanten Änderungen des Hessischen Schulgesetzes sehen sich die Repräsentanten des Bündnisses durch den Verlauf der Unterschriftenkampagne in ihrer Kritik an zentralen Punkten der Schulgesetznovelle bestätigt. Derzeit findet eine breite Information über den Gesetzentwurf statt. Dabei wird eines deutlich: Je besser die Aufklärung desto größer ist die Ablehnung der zentralen Vorhaben:

- Verdichtung und Verkürzung der gymnasialen Schulzeit
- Erhöhung der Klassenmindestgrößen und damit Abbau von wohnortnahem Angebot und Schließung von Schulen
- Abschaffung von Durchlässigkeit zwischen den Schulformen und
- Aufweichung der Berufsschulpflicht.

Das Bündnis – und alle, die es unterstützen – treten statt dessen für Maßnahmen ein, die die Lern- und Arbeitsbedingungen an den Schulen verbessern und voran bringen. Die Unterschriften werden am 22. November vor dem Rathaus in Wiesbaden öffentlich an die Vorsitzenden der Landtagsfraktionen übergeben.

[www.buendnis-unsere-schule.de](http://www.buendnis-unsere-schule.de)

## Aktionstag: „Länger arbeiten für weniger Geld – nicht mit uns!“

GÖTTINGEN. Die immer forscheren Vorschläge zur Verlängerung der Arbeitszeit (42- oder 45-Stunden-Woche, Feiertage streichen, Urlaub kürzen) rufen den Widerstand der Gewerkschaften hervor. Deswegen organisieren die Gewerkschaften zusammen mit dem Göttinger Sozialforum für den 17.11.2004 einen „Protesttag gegen Arbeitszeitverlängerung und für mehr soziale Gerechtigkeit“. Der Buß- und Betttag ist dabei ein besonderer Tag: Bis 1995 ein Feiertag, wurde er dann zur Entlastung der Arbeitgeber bei der Pflegeversicherung abgeschafft. Hintergrund der Aktionen sei, dass bei bleibender Massenarbeitslosigkeit das Arbeitgeberlager den Angriff auf die Arbeitszeiten vorantreibe, erläutert Sebastian Wertmüller vom DGB. Diesen Zustand wolle man nicht mehr widerspruchslös hinnehmen. Schließlich könne jeder wissen, dass längere Arbeitszeiten keine Arbeitsplätze schaffen. Im Gegenteil, sie führen sogar zu erhöhter Arbeitslosigkeit. Und dahinter stehe die Drohung

mit Arbeitslosigkeit und Arbeitslosengeld II. Die Drohung mit Verarmung und mit dem Druck, jede angebotene Arbeit annehmen zu müssen. Egal ob zu Niedriglöhnen oder als Ein-Euro-Job ...

Gewerkschaften und die Vertreter der Sozialforum sagen dazu: Nicht mit uns! Sie fordern gemeinsam:

- Keine Verlängerung der Arbeitszeit
- Tarif- und Mindestlöhne gegen Niedriglohn- und Armutarbeit
- Arbeitslosigkeit darf nicht zur Armut führen: Überarbeitung der Hartz-IV-Gesetzgebung
- Investitionen für Jobs zu menschenwürdigen Löhnen in Gesundheit, Bildung, Soziales, Kultur, Umwelt und öffentlicher Verkehr
- Schluss mit den Spar- und Streichpaketen von Land und Bund im Sozialbereich, bei der Bildung und der Kultur
- angemessene Besteuerung großer Konzerne und Kapitalgesellschaften sowie der großen Vermögen.

[www.dgb-suedniedersachsen-harz.de](http://www.dgb-suedniedersachsen-harz.de)

## „Sozialbindung des Eigentums bleibt Aktionärspflicht!“

KÖLN. „Sozialbindung des Eigentums bleibt Aktionärspflicht!“ mahnen die Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre mit ihrer neuen Kampagne für Arbeitnehmerrechte. Sie fordern: „Der Grundsatz „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen“ (Art. 14, Abs. 2, GG) darf weder in einzelnen Unternehmen, noch auf nationaler oder internationaler Ebene – wie durch die geplante EU-Verfassung – aufgeweicht werden, sondern muss weltweit gelten! Die Rechte und Bedürfnisse der Menschen, die Unternehmensgewinne täglich erarbeiten, dürfen nicht hinter die Interessen der Kapitalgeber zurück gestellt werden! Deshalb können weder die Verlagerung von Produktionsstätten in Billiglohnländer, noch die Ausbeutung von Menschen in Billiglohnländern, noch der Arbeitszwang für Erwerbslose zu Dumpinglöhnen akzeptiert werden! Aktionärinnen und Aktionäre sollen gegenüber den Vorständen und Aufsichtsräten ihrer Unternehmen deutlich zum Ausdruck bringen, dass rücksichtslose Profitmaximierung als alleiniges Unternehmensziel nicht länger hingenommen wird, weil die Aufrechterhaltung sozialer Standards eine zwingende Voraussetzung für langfristig gesicherte Geschäftsergebnisse ist!“

[www.kritischaktionaere.de](http://www.kritischaktionaere.de)

Zusammenstellung: baf



## Unfallversicherungsschutz im Ehrenamt verbessert – wo bleiben die Ein-Euro-Jobber?

Alle im Auftrag von Kirchen, Kommunen in Vereinen oder Verbänden ehrenamtlich Tätigen werden ab 2005 in die gesetzliche Unfallversicherung einbezogen. Dies ist Inhalt des neuen „Gesetzes zur Verbesserung des unfallversicherungsrechtlichen Schutzes der bürgerschaftlich Engagierten“. Derzeit sind z.B. kommunale Mandatsträger oder Schöffen vor Gericht in den Gemeindeunfallkassen versichert, jetzt kommen auch Leute dazu, die in Vereinen oder Verbänden im Auftrag einer Kommune z.B. eine Spielplatzpatenschaft übernehmen. In diesen Kassen sind bereits 1,7 Millionen Menschen versichert. Die Bundesregierung geht von einer Erhöhung auf 2 Millionen aus. Kirchenvorstände oder Kirchenchormitglieder gehören zu den 1,6 Millionen Ehrenamtlichen, die in den Berufsgenossenschaften unfallversichert sind. Die Bundesregierung geht hier von einer Verdopplung aus. Gewählte Ehrenamtsträger in Sportvereinen können künftig freiwillig der gesetzlichen Unfallversicherung angehören. Hier erwartet die Bundesregierung 500.000 neue Versicherungsberechtigte.

Während die Bundesregierung also das freiwillige Ehrenamt attraktiver machen will, gibt es zur Unfallversicherung bei Ein-Euro-Jobs widersprüchliche Meldungen: Empfänger von ALG-II seien nicht in der betrieblichen Unfallversicherung, da sie nicht „arbeiten“ und schon gar nicht in einem Betrieb. Wer sich bei der Arbeitsgelegenheit eine ernste Verletzung zuziehe, bekomme zwar medizinische Versorgung, weil er krankenversichert ist, aber keine Unfallrente. Der Mitteldeutsche Rundfunk behauptet dagegen auf seiner Internetseite, man sei als Ein-Euro-Jobber unfallversichert.

Laut § 2 Absatz 1 Ziffer 1 SGBVII (Unfallversicherung) sind „Beschäftigte“ unfallversichert. Die spannende Frage: Ist ein Mensch in einer „Arbeitsgelegenheit“ nach Hartz IV „Beschäftigter“ im Sinne der Unfallversicherung? Nach dem durch Hartz IV geänderten § 16 SGB II sind bei den Arbeitsgelegenheiten „die Vorschriften über den Arbeitsschutz und das Bundesurlaubsgesetz entsprechend anzuwenden; für Schäden bei Ausübung ihrer Tätigkeit haften erwerbsfähige Hilfebedürftige nur wie Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen.“ Ein-Euro-Jobber stehen also 2 Tage Urlaub im Monat zu. Von der gesetzlichen Unfallversicherung ist hier aber keine Rede, diese ist keine „Vorschrift“, sondern ein Gesetz. „Vorschriften des Arbeitsschutzes“ sind zum einen die Vorschriften des Arbeitsschutzgesetzes, zum anderen die Vorschriften der Berufsgenossenschaften zur Vermei-

dung von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten. D.h. zumindest darf die Arbeitsumgebung für einen Ein-Euro-Jobber nicht schlechter sein als für den gewöhnlichen Arbeitnehmer. Seine Unfallversicherung wird dadurch aber nicht zur gesetzlichen Pflicht. Im zweiten Halbsatz des § 16 geht es ansonsten nur um die Haftpflicht bei Schäden aufgrund der „Tätigkeit“ der Ein-Euro-Jobber – bereits bei mittlerer Fahrlässigkeit können sie wie Arbeitnehmer finanziell zur Rechenschaft gezogen werden.

Im Zusammenhang mit Arbeitslosigkeit sind ansonsten nach § 2 Absatz 1 Ziffer 14 SGBVII ausdrücklich nur diejenigen versichert, die „einer besonderen, an sie im Einzelfall gerichteten Aufforderung einer Dienststelle der Bundesagentur für Arbeit, eines nach § 6a des Zweiten Buches zugelassenen kommunalen Trägers oder des nach § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr.2 des Zweiten Buches zuständigen Trägers nachkommen, diese oder eine andere Stelle aufzusuchen, ...“. In der Kommentierung durch den Gesetzgeber heißt es dazu: „Erwerbsfähige Hilfebedürftige, die nach § 59 des Zweiten Buches *meldepflichtig* sind, erhalten Unfallversicherungsschutz wie meldepflichtige Arbeitslose.“ Es geht also nur um Unfälle, die sich in Zusammenhang mit der Erfüllung der Meldepflicht ereignen, also in erster Linie Unfälle auf dem Weg zum Arbeitsamt oder Sozialamt nach amtlicher Aufforderung; dies galt auch bisher schon für Arbeitslosengeld-, Arbeitslosenhilfe- oder Sozialhilfeempfänger.

Eine Ausweitung der gesetzlichen Unfallversicherungspflicht auf die *Tätigkeit* in den Arbeitsgelegenheiten wurde im Hartz IV-Gesetz nicht vorgenommen. Im SGBVII findet man im gleichen Absatz, wo es um die Versicherungspflicht von Strafgefangenen geht (§ 2 Absatz 2), jedoch folgenden Hinweis: „Ferner sind Personen versichert, die *wie nach Absatz 1 Nr. 1 Versicherte* (d.h. „Beschäftigte“, *gst*) *tätig* werden. Satz 1 gilt auch für Personen, die während einer aufgrund eines Gesetzes angeordneten Freiheitsentziehung oder aufgrund einer strafrichterlichen, staatsanwaltlichen oder jugendbehördlichen Anordnung wie Beschäftigte *tätig* werden.“ Wir werden also wieder auf die Eingangsfragestellung zurückgeworfen: Sind Ein-Euro-Jobber wie Beschäftigte *tätig*? Die Klarstellung, dass sie zumindest so gut wie Häftlinge zu behandeln sind, wäre also auch im Unfallversicherungsrecht angebracht. (gst)

Quellen: *Ehrenamtsgesetz*: [www.versicherungsjournal.de](http://www.versicherungsjournal.de) *SGB VII*: [bundesrecht.juris.de/bundesrecht/HartzIV](http://bundesrecht.juris.de/bundesrecht/HartzIV) *dip.bundestag.de/btd/15/015/1501516.pdf*, *Arbeitsschutz*: [www.internetratgeber-recht.de](http://www.internetratgeber-recht.de)

## 6.11. Nürnberg

# Knapp 10000 Menschen protestieren gegen Sozialraub, Agenda 2010 und Hartz IV

Unter der Parole „Gemeinsam gegen Sozialraub, Agenda 2010 und Hartz IV! Eine andere Welt ist möglich und nötig!“ demonstrierten am Samstag dem 6.11. knapp 10.000 Menschen zur Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg. Sie setzten sich gemeinsam mit dem Sozialforum Nürnberg als Veranstaalter für Alternativen zur herrschenden Politik ein.

„Wir lehnen die weltweite Standortkonkurrenz und rassistische Ausgrenzungspolitik ab. Wir streben eine Wirtschaftsordnung an, die sich nach den Bedürfnissen der Menschen richtet und unser Leben nicht dem Profitstreben



## Dokumentiert – PDS: Hartz-Gesetz

29.10.2004. Eine von den PDS-Fraktionen in den Landtagen von Brandenburg, Sachsen und Thüringen in Auftrag gegebene gutachterliche Stellungnahme zu den so genannten Hartz-Gesetzen kommt zu dem Ergebnis, dass diese Gesetze siebenfach gegen das Grundgesetz verstößen.

Parteivorsitzender Lothar Bisky: „Das Gutachten macht eindeutig klar, dass die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe auf dem vorgesehenen Niveau der Sozialhilfe den Bedarf der Betroffenen nicht deckt und deshalb mit dem Grundrecht auf Menschenwürde in Verbindung mit dem Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes nicht vereinbar ist. Insbesondere die mit der Pauschalisierung verbundene Abschaffung von Einmal-Leistungen und der nicht mehr vorgesehene Ausgleich von Notlagen steuern die Betroffenen in eine Situation, wo sie ihren Bedarf nicht mehr decken können. Die Regelsätze reichen nicht aus. Deshalb erneuern wir

# schen demonstrierten gegen a 2010 und Hartz IV

unterwirft. Wir leisten Widerstand und setzen uns für eine Welt ein, in der Ausbeutung und Unterdrückung der Vergangenheit angehören!"

Die vom Sozialforum Nürnberg veranstaltete Aktion hat ihr politisches Ziel erreicht, die Basisinitiativen und von Sozialraub und Lohnsenkung Betroffenen sichtbar zu Wort kommen zu lassen. Mit knapp 10.000 Teilnehmer/innen sind die Erwartungen der Veranstalter deutlich übertroffen worden, die angesichts der seit Monaten andauernden Protesten mit einer gewissen Ermüdung gerechnet hatten. Besonders erfreulich ist die Tatsache, dass sich



## se in mindestens sieben Punkten verfassungswidrig

unsere Forderung, die Regelsätze auf 400 Euro in Ost und West anzuheben. (Hervorhebung durch PB) (...)

Die Verstöße gegen das Grundgesetz betreffen neben der Bedarfsunterschreitung insbesondere folgende weiteren Sachverhalte:

- Die Kombination der Verkürzung der Anspruchsdauer auf die Zahlung von Arbeitslosengeld I mit der Einführung des Arbeitslosengeldes II ohne angemessene Übergangsregelungen ist insbesondere für Langzeitversicherte nicht mit dem Eigentumsschutz des Artikels 14 des Grundgesetzes vereinbar.

- Die Zumutbarkeitsregelungen in Verbindung mit dem sanktionsbewährten Zwang, jede Arbeit anzunehmen, sind mit den Artikeln 12 Abs. 2 und 3 des Grundgesetzes unvereinbar, wenn die Aufnahme von Arbeitsgelegenheiten gegen den Willen des Betroffenen verlangt wird.

- Eine Absenkung oder gar ein Wegfall des Arbeitslosengeldes II wegen

zahlreiche politisch nicht gebundene Menschen der Demonstration angeschlossen haben. Wie schon bei der spontanen Bewegung der Montagsdemonstration oder dem eigenständigen Streik der Opellauer in Bochum, hat sich auch heute erneut gezeigt, dass heute viele Menschen bereit sind, sich aktiv an Protesten zu beteiligen.

### Erreichte Ziele

Diese Demonstration belegt eindrucksvoll, dass das im Politbetrieb hierzulande noch wenig praktizierte Konzept eines „social forums“ als „offenem Raum“ funktioniert, in dem sich Betroffene und

Aktivist/innen aus unterschiedlichsten Bereichen treffen, vernetzen und gemeinsam zu wirkungsvollen Aktionen kommen. Unser Basisansatz ist ein Experiment, das bewusst mit der weitverbreiteten Stellvertreterpolitik bricht. Bei uns rufen keine Funktionäre zu symbolischen Protesten auf, sondern politische Aktivist/innen wie politisch nicht organisierte Betroffene werden gemeinsam

aktiv. Sowohl die Redner/innen wie auch Demonstrant/innen haben durch Transparente und Parolen klar gemacht, dass wir alle betroffen sind. Nur gemeinsam, solidarisch und kollektiv können wir wirksame Gegenwehr entwickeln. Die Demonstration war ein wichtiger Schritt bei der Entwicklung eines Bewusstseins, das die Spaltung in Betroffenengruppen überwindet. Wir haben unsere gemeinsamen Interessen auf die Tagesordnung gesetzt, die im Widerspruch zu den Interessen der herrschenden Eliten aus Politik und Wirtschaft stehen. Die Demonstration war bunt zusammengesetzt, aber inhaltlich klar ausgerichtet. Erfreulich ist die zahlreiche Beteiligung von Migrant/innen und Flüchtlingen, die besonders von prekären ausbeuterischen Arbeitsbedingungen und Sozialraub betroffen sind. Heute demonstrierten Erwerbslose und Beschäftigte gemeinsam gegen Agenda 2010. Angesichts des sonst eher bezugslosen Nebeneinanders von (gewerkschaftlicher) Arbeiterbewegung und sozialer Bewegung z.B. der Arbeitslosen haben wir hier einen wichtigen Durchbruch zu einer gemeinsamen Gegenwehr aller Betroffen geschaffen.

### Ablauf

Die schikanösen Kontrollen, insbesondere der anreisenden Busse, im Vorfeld seitens der Polizei sollten wohl potentielle Teilnehmer/innen einschüchtern und abschrecken. Auch wenn dies nicht gelungen ist, verzögerte sich der Beginn der Demonstration dadurch um eine ¾ Stunde. Dank des besonnenen und disziplinierten Verhaltens der Demonstrant/innen konnte die Demonstration wie vorgesehen zu Ende gebracht werden, auch als das USK (Unterstüt-

Unterlassung der Mitwirkung für die Dauer von drei Monaten für Langzeitversicherte ist nicht mit Artikel 14 und im Übrigen auch nicht mit Artikel 1 Abs. 1 des Grundgesetzes vereinbar. Insbesondere ist dabei der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit verletzt, da selbst dann, wenn der Betroffene seine Mitwirkung vor Ablauf der drei Monate wieder aufnimmt, die Sanktion aufrechterhalten wird.

- Die Beschränkung der Leistungen für Bezieher von Arbeitslosenhilfe, die die so genannte 58er-Regelung in Anspruch genommen haben, ist mit dem Eigentumsschutz von Artikel 14 in Verbindung mit dem Rechtsstaatsgebot gemäß Artikel 20 und 28 Abs. 1 Grundgesetz unvereinbar.

- Die mittelbare Diskriminierung von Frauen, die durch die Anrechnung des Partnereinkommens weit überwiegend von einem dadurch begründeten Leistungsentzug betroffen sein werden, ist mit dem Grundsatz der Gleichberechti-

gung gemäß Artikel 3 Abs. 2 und 3 des Grundgesetzes unvereinbar.

- Die derzeitige Verwaltungspraxis der Bundesagentur für Arbeit, insbesondere der zur Antragstellung gehörende Fragebogen, ist mit dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung gemäß Artikel 2 Abs. 1 und mit Artikel 1 Abs. 1 unvereinbar. Es werden Daten erhoben, die die Bundesagentur für die Bewilligung der Leistungen gar nicht benötigt.

Hartz IV begegnen insgesamt in Bezug auf das Sozialstaatsgebot erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken. Dies vor allem deshalb, weil mit der konkreten Ausgestaltung des Gesetzes die Vorgaben des Grundgesetzes zur Sicherung des Existenzminimums und zum Sozialstaatsgebot nicht gewährleistet werden. Die verfassungsrechtlich akzeptable Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe wird damit ins Nirvana des Grundgesetzes gedrängt.

[www.pds-online.de](http://www.pds-online.de)

→ zungskommando) kurz vor der Bundesagentur in erkennbar provokativer Absicht die Demospitze bedrängte. Insgesamt hat sich unsere Einschätzung bestätigt, dass die von Stadt und Polizei im Vorfeld vorgetragenen Gründe für eine „Sicherheitszone“ einzig und allein der Stimmungsmache gegen den berechtigten Protest gedient haben.

### Reden

Die Redner/innen haben die ganze Bandbreite der Basisinitiativen und Betroffenen abgedeckt. Elisabeth Ramthun stellte die Arbeit und das neuartige Konzept des Sozialforums Nürnberg vor. Eine Vielzahl von Themen und Bereichen wurde angesprochen: von „der sozialen Revolution als notwendige Alternative zum unvernünftigen Wirtschaftssystem des Kapitalismus“ (Markus Schwarz, Organisierte Autonomie), „Alternativen zur neoliberalen Globalisierung“ (Kurt Haymann, Attac Deutschland) über die „die aktuelle Situation bei Opel Bochum“ (Wilfried Morayson, Vertrauensmannin Werk 2) bis hin zu Sebastian Giseler (Schüler/innenbündnis Nürnberg), der aufzeigt, dass Privatisierung und Kürzungen bei der Bildung Bestandteil des generellen Angriffs auf unsere Lebensverhältnisse sind. Ausführlich sind die Betroffenen zu Wort gekommen, die sich in Basisinitiativen selbst organisieren. Frank Jäger (Bundesarbeitsgemeinschaft Sozialhilfeinitiativen, BagShi) zeigt aus Sicht der Betroffenen, was Armut durch Agenda 2010 für Millionen bedeutet. Orhan Akman (ver.di München) schilderte die Lage der Arbeitsmigrant/innen und betont insbesondere die Notwendigkeit international solidarischer Gegenwehr. Constance Etchu (Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und Migrant/innen) sprach über die ungeheuerliche Ausbeutung von Flüchtlingen und in die Illegalität gezwungen.

### Ausblick

Diese Aktion hat der Bewegung gegen Agenda 2010 eine Perspektive aufgezeigt. Jenseits weiterer konkreter Aktionen, wie Agenturschluss am 3. Januar 2005 und den Protesten gegen die NATO-Sicherheitskonferenz in München im 11./12. Februar 2005 wird es zukünftig darum gehen, die Selbstorganisation der Betroffenen zum Beispiel in Basisinitiativen in Betrieben, von Erwerbslosen, in Schulen und Unis, als Netzwerke von illegalisierten Flüchtlingen voran zu treiben. Die Bildung und Vernetzung solche Basisansätze, u.a. über Sozialforen, wird die Grundlage sein, auf der zukünftig der Protest und der zu entwickelnde Widerstand unüberhörbar werden wird.

(Presse AG des SF Nürnberg, 6.11.04) weitere Infos: [www.grossdemo-nuernberg.tk](http://www.grossdemo-nuernberg.tk) Ausführliche Berichterstattung und viele Bilder auch unter [www.bayern.gew.de](http://www.bayern.gew.de)

## PDS macht Vorschläge für ein Sofortprogramm gegen Rechtsextremismus

KÖLN. In einem Schreiben an Oberbürgermeister Schramma legte die PDS-Ratsgruppe für die Ratssitzung am 4.11.04 Vorschläge zum gemeinsamen Kampf gegen den Rechtsextremismus vor. Diese lauten:

„Die Stadt Köln richtet eine Stelle zur Beobachtung und Bekämpfung neofaschistischer Aktivitäten ein. Hier kann die Zusammenarbeit mit dem Jugendclub Courage verstärkt werden.“

Der Stadtrat beschließt, dass eine Liste mit Hintergrundinformationen aller in Köln arbeitenden neofaschistischen Organisationen erarbeitet und veröffentlicht wird, u.a. auf den städtischen Seiten im Internet.

Zur Unterstützung antifaschistischer Arbeit werden jährlich die besten Projekte gegen Rechtsextremismus durch den Oberbürgermeister prämiert. Dazu werden Euro 5.000,-- aus dem Repräsentationsetat des Oberbürgermeisters bereit gestellt.

Start einer antirassistischen Kampagne an den Schulen unter Nutzung vorhandener Strukturen (z.B. „Schule ohne Rassismus“) und finanzieller Mittel der EU, der Bundes- und Landesregierung.

Einführung einer museumspädagogischen Stelle im NS-Dokumentationszentrum.

„Pro Köln“ erhält keine Räumlichkeiten im Rathaus und die finanziellen Mittel werden eingeschränkt.

Das Besuchsprogramm für Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter wird bis 2005 fortgesetzt. Das NS-Dokumentationszentrum und die Projektgruppe Messelager sollten beauftragt werden, ein Konzept zu entwickeln, wie das Besuchsprogramm langfristig weitergeführt werden kann.

Gespräche mit den Medien darüber zu führen, dass die Inhalte neofaschistischer Politik nicht weiter verschwiegen werden, sondern offen benannt und bewertet werden.

Gespräche mit den christlichen, jüdischen und muslimischen Glaubensgemeinschaften zu führen mit dem Ziel, den interkulturellen Dialog zu intensivieren und sie zu einer öffentlichen und interreligiösen Veranstaltung zum Thema „Umgang mit dem Rechtsextremismus“ zu bewegen. Auf diese Weise kann der Hetze von Seiten „Pro Köln“ gegen Migranten und ihre Glaubensgemeinschaften offensiv und glaubhaft begegnet werden.

Für das Projekt „Amaro Kher“ der Roma-Kinder in der Öffentlichkeit auch durch Ihre Person intensiv zu

werben und die bereits erzielten Vorteile dieses Projektes engagiert und kenntnisreich darzustellen.

Alle Flüchtlinge, die länger als drei Jahre in Flüchtlingsheimen wohnen, werden sofort in dezentralen Wohneinheiten untergebracht, so wie es das Kölner Flüchtlingskonzept vorsieht. Dabei wird auch die im Flüchtlingskonzept vorgesehene gleichmäßige Verteilung der Flüchtlinge auf die Stadtteile umgesetzt. Beginnend mit dem Stadtteil Poll, wo offenkundig Nachbarschaftskonflikte von rechten Demagogen instrumentalisiert werden konnten, wird ein Pilotprojekt für mobile nachbarschaftsorientierte Konfliktmoderation eingerichtet und erprobt.

Der Stadtrat unterstützt die Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichtes Münster, wonach Demonstrationen von neofaschistischen Organisationen mit volksverhetzenden Inhalten weiter zu verbieten sind.

Der Bau von dezentralen Wohneinheiten wird vorangebracht und die positiven Ergebnisse in der Öffentlichkeit vermittelt.

Die Kürzungen bei der interkulturellen Jugendarbeit werden zurückgenommen.

Der Rat der Stadt Köln unterstützt die Bemühungen des Bundesverbandes Information und Beratung für NS-Verfolgte, sich hilfsbedürftigen NS-Verfolgten mit einem regelmäßig stattfindenden Runden Tisch zuzuwenden.

Der Rat der Stadt Köln fördert die bundesweite Kampagne für eine kultursensible Altenhilfe. Mit der Kampagne soll eine höhere Aufmerksamkeit für die besonderen Erfordernisse alter Migranten, Flüchtlinge und NS-Verfolgte erreicht werden.

Der verhältnismäßig umfangreiche Handlungskatalog sollte Sie nicht davor abschrecken, gegen Rechtsextremismus in unserer Stadt weiterhin energisch vorzugehen. Die schrittweise Umsetzung bestimmter punktueller Katalogposten kann dabei durchaus sinnvoll und angezeigt sein, und sie kann auch nicht als zögerlich missverstanden werden. Hierzu bietet die Ratsgruppe Ihnen ihre Gesprächsbereitschaft und tatkräftige Hilfe an.“

[www.pds-koeln.de/ratsgruppe](http://www.pds-koeln.de/ratsgruppe)



# Abschied vom Haustarif und Beschäftigungssicherung sollen Marktschwäche kompensieren ?

Das am 3. November erzielte Tarifergebnis für die Volkswagenbeschäftigte ist in der bürgerlichen Presse breit und mit Genugtuung besprochen worden. Das *Handelblatt* kommentiert am 4. November: „... der Wind hat sich gedreht. Das Verhalten der IG Metall ändert sich, die Gewerkschaftsbastion Wolfsburg ist gestürmt. Die Differenz zum Flächenstarif wird eingeebnet.“ Und auch die Ausgabe der *FAZ* vom gleichen Tag nimmt den Tarifabschluss zum Anlass, in einem langen Kommentar über den Zustand der IG Metall zu räsonieren. Die Auseinandersetzungen und Abschlüsse bei Siemens, Daimler-Chrysler, Opel und Volkswagen hätten offenbart, „Deutschlands mächtigste Einzelgewerkschaft steckt in der Defensive – nicht nur in der Tarifpolitik sondern auch in der Gesellschafts- und Organisationspolitik.“

Wahrscheinlich ist die IG Metall nicht, wie es der Autor der *FAZ* sieht, am Scheideweg, sondern befindet sich in einem längeren Prozess programmatischer Positionierung und Schwerpunktsetzung unter veränderten Bedingungen. Gleichwohl ist die IG Metall in der Frage der Tarifpolitik und im engeren Sinne der Lohnpolitik in eine schwere Defensive geraten, die auch zu organisationsinternen Auseinandersetzungen führt.<sup>1</sup>

## Der Abschluss

Der Abschluss selbst (siehe nächste Seite) beinhaltet eine Fülle von Regelungen, die noch nicht ausformuliert und ausgehandelt sind. Daher sind die Ergebnisse teils schwer kalkulierbar.

Eine Einmalzahlung von 1.000 Euro und 28 Monate ohne Erhöhung stehen auf der Lohnseite – für die derzeit Beschäftigten. Alle künftig Eingestellten werden unter einen anderen Entgeltarif fallen. Hier wird regelmäßig vermeldet, der neue Tarif würde auf das Niveau der Fläche reduziert, ca. 30% unter dem Volkswagen-Niveau beziffert. Die IG Metall weist darauf hin, dass das künftige Eckentgelt inklusive einer Leistungszulage bei 2.562 Euro liegen wird. Das Durchschnittsentgelt der Produktionsbeschäftigte wird mit 2.700 Euro beziffert. Das künftige Eckentgelt orientiert sich am baden-württembergischen Entgeltrahmenabkommen und liegt deutlich über dem niedersächsischen Wert, der ab 1. März 2005 2.363 Euro erreicht. Die konkrete Entgelddifferenzierung muss noch in einem neuen Vertragswerk festgelegt werden. Dieses

soll bis zum 31. März 2005 ausgehandelt sein

In der Tarifauseinandersetzung ist es der IG Metall nicht gelungen, die schon in anderen Tarifabschlüssen angelegte Tendenz zu stoppen oder eben auch nur als Problem zu thematisieren, Besitzstand für Teile der Kernbelegschaften zu sichern, während andere in abgesenkten Tarife ausgegliedert oder die neuen Arbeitskräfte auf niedrigerem Niveau beschäftigt werden.

Die faktische Spaltung der Belegschaft führt in der Folge verstärkt (für die Beschäftigten der Unternehmen WOB-AG und Autovision gilt dies schon heute) zu unterschiedlichen Entgelten für die gleiche Tätigkeit. Der Gleichheitsgrundsatz in dieser zentralen Frage der Arbeitsbeziehungen wird aufgegeben.

Ein weiteres Ergebnis mit schweren Folgen dürfte die Arbeitszeitflexibilisierung sein. Das nun tariflich vereinbarte Arbeitszeitkonto mit einem Rahmen von plus/minus 400 Stunden und die darüber hinaus reichende Option auf Mehrarbeit setzt eine Marke, die auch in der betrieblichen Praxis bisher wohl nur selten erreicht wurde. Folgen beim Gesundheitsverschleiß in ohnehin gesundheitlich ruinösen Arbeitsbereichen sind absehbar.

Die IG Metall verbucht als Erfolg, dass die Forderung des Unternehmens nach dem sogenannten Co-Investment verhindert werden konnte, also die gewinnabhängige Gestaltung des Weihnachtsgeldes oder die Einführung eines sogenannten Gesundheitsbausteins, mit dem die Beschäftigten an Krankheitskosten beteiligt werden sollten. Ebenso verbucht die IG Metall als Erfolg die Aufnahme der Verpflichtung bis zum 30. September 2005 Tarifregelungen über altersgerechte und gesundheitsförderliche Arbeitsbedingungen abzuschlie-

ßen. Dies ist sicher eine tarifpolitische Perspektive, aber auch bitter nötig, zumal in der gleichen Vereinbarung mit den Zeit-Wertkonten und den Arbeitszeitkonten gesundheitsgefährdende Bedingungen aufgenommen wurden.

Die Frage des Gesundheitsverschleißes ist aber unverständlicher Weise in der Tarifbewegung selbst überhaupt nicht zum Thema gemacht worden. Der Lohnstandard bei VW wird auch in anderen Belegschaften als sehr hoch eingeschätzt. „Jammern auf hohem Niveau“ war in den letzten Wochen ein häufig gehörter Kommentar. Die Gelegenheit, die Frage der Lohnhöhe bei VW mit der Herausgabe der Arbeitskraft zu verknüpfen, wurde nicht ergriffen. Naheliegend war es. Die 28,8 Stunden Woche hat intensivierend gewirkt – Verschleißarbeitsplätze sind zuhauft vorhanden und niemand glaubt, sie in absehbarer Zeit loswerden zu können. Der Lohn hat hier also auch etwas von einer Entschädigung für die Gewissheit, die konkrete Arbeit nur befristet ausüben zu können, oder gar der Gewissheit, die eigene Gesundheit zu ruinieren.

In Sachen Beschäftigungssicherung verweisen Kommentare darauf, dass der Konzern eine Ausstiegsklausel in das Vertragswerk unterbringen konnte für den Fall wesentlich veränderter wirt-



Die Palette möglicher Standorte für Automobilproduktionen wird immer größer. So hat sich VW jüngst mit dem malaysischen Proton verbunden. Dem Vernehmen nach denkt VW an den Zusammenbau von Bausätzen bei Proton in Malaysia und plant eine sogenannte CKD-Fertigung (completely knocked down), die dann in die gesamte Region liefert. Sie soll die bestehende Fertigung der Wolfsburger in Thailand ergänzen, das sich immer mehr als zentrale Automobilproduktionsstätte in Südostasien heraustrahlt. Sonderberater (hier im Bild) von Proton ist der ehemalige malaysische Ministerpräsident Mahathir Mohamad. (FAZ 2.10.04.)

→ schaftlicher Rahmenbedingungen. Tatsächlich dürfte wohl kaum jemand davon ausgehen, die in der letzten Zeit abgeschlossen Beschäftigungssicherungsverträge hätten bei echten Krisenscheinungen und der folgenden Vernichtung von Überkapazitäten einen langen Bestand. Die IG Metall verweist auf das Verfahren zur Revisionsklausel und vor allem auf den Umstand, dass in diesem Falle auch der alte Beschäftigungssicherungstarif (28,8 Std.-Woche) gekündigt würde, somit in der Folge die alten Entgeltniveaus wieder zum Tragen kämen. Damit wäre Volkswagen praktische eine sehr hohe Hürde gesetzt.

#### **Ankunft in der Realität ?**

Die Beschäftigungssicherung führt zu einem der Kernpunkte. Worauf konzentriert die IG Metall ihre Tarifpolitik, was kann sie leisten, was beschränkt aktuell die gewerkschaftliche Handlungsfähigkeit? Der oben erwähnte Kommentar des *Handelsblatt* diagnostiziert, VW sei schon lange kein nationales Unternehmen mehr, Preisdruck und Preissensibilität auf den weltweit schwäelnden Automärkten und das miese Ergebnis ließen dem Konzern gar keine andere Wahl, als auf die Kostenbremse zu treten. Die IG Metall sei tendenziell auf dem Weg, diese Realitäten anzuerkennen. Und auch der niedersächsische Bezirksleiter Meine erklärt mit Hinweis

auf die Internationalisierung des Konzerns: „... das Ergebnis ist auf keinen Fall eine Niederlage für die Gewerkschaften. Wir mussten die Realitäten akzeptieren.“ (HB, 4.11.2004)

Der Kommentar der *FAZ* vom 4. November sieht ebenfalls keine Chance für die IG Metall, „unbezahlbar gewordene tarifliche Standards“ zu halten, gibt ihr dabei aber auch noch mit auf den Weg, wie es zu machen sei. „Eine sinnstiftende Perspektive für die Mitglieder wird daraus (aus dem Aufgeben tariflicher Standards – *rog*) erst, wenn es der Gewerkschaft gelingt, die Zugeständnisse bei Lohn, Gehalt und Arbeitszeit mit qualitativen Elementen wie Investitionszusagen, Innovationsoffensiven, Qualifizierungsansprüchen oder Familienzeiten zu verbinden.“

Tatsächlich verfestigt sich über mittlerweile viele Tarifbewegungen eine Tendenz in der IG Metall, Lohnsteigerungen zugunsten von tatsächlich oder vermeintlich beschäftigungswirksamen Abschlüssen (Arbeitszeit / Beschäftigungssicherung) aufzugeben. Die Kernbelegschaften tragen zu großen Teilen diese eingeschlagene Linie. So war von der hannoverschen Betriebsversammlung zu hören, dass die Begründung und Verteidigung des Abschlusses durch den Betriebsratsvorsitzenden starken Beifall ausgelöst hat.

Die Haltung der Belegschaften hängt sicher mit einer realistischen Einschätzung

zur ökonomischen Rahmenbedingungen zusammen. Die Verträge bedeuten Verzicht, mindestens aber den Verzicht auf Zuwächse im Einkommen in den nächsten Jahren, sie stellen aber die Lebensweise und -planung der meisten Beschäftigten wohl nicht in Frage. Reserven werden hier in die Konkurrenzfähigkeit der Firma gespendet.

#### **Diskussionspunkte zu den Ausgangsbedingungen**

Die aktuelle Stärke, nicht nur der großen Unternehmen, tarifliche Lohnstandards einzureißen, wenn die Firma in Schwierigkeiten gerät, oft aber auch mit dem einfachen Hinweis auf mögliche Schwierigkeiten oder die starke Preiskonkurrenz, hat auch mit langfristigen Entwicklungen in den internationalen Austauschverhältnissen zu tun:

- Eine lange Phase der Technologieführerschaft in den kapitalistischen Kernländern ist weitgehend beendet.
- Für fast alle Regionen und viele Branchen gilt: die Differenz zwischen Produktionsstandort und Markt verschwindet oder ist verschwunden. Damit haben die jeweiligen Länder oder Regionen auch einen Zugriff auf die entsprechenden Technologien.
- Technologische Standards erreichen heute an allen Orten der Welt in etwa das gleiche Niveau.
- Die Differenz zwischen Hightech- und Lowtech-Standorten existiert

### **Dokumentiert: Verhandlungsergebnis Volkswagen vom 3. November 2004 (Auszüge)**

#### **1. Beschäftigungs- und Arbeitsplatzsicherung**

1.1 Die Tarifvertragsparteien stehen zur nachhaltigen Sicherung der sechs westdeutschen Standorte und der Beschäftigung und vereinbaren den als Anlage beigefügten Tarifvertrag zur nachhaltigen Zukunfts- und Beschäftigungsentwicklung (Zukunftstarifvertrag).

Dieser Tarifvertrag ergänzt die Vereinbarung zur Sicherung der Standorte und der Beschäftigung und tritt am 01. Januar 2005 in Kraft; er kann mit einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende, erstmals zum 31. Dezember 2011, gekündigt werden. (...)

#### **2. Monatsentgelte und -gehälter**

2.1. Die Monatsentgelte, -gehälter und Ausbildungsvergütungen der zum 30. September 2004 gekündigten Tarifverträge gelten bis zum 31. Januar 2007 weiter. (...)

Beschäftigte in Vollzeit, deren Arbeitsverhältnis am 28. Februar 2005 besteht, erhalten mit der Entgeltzahlung März 2005 einen Einmalbetrag in Höhe von 1.000,- Euro.

#### **3. Bonussystem**

Es wird ein Gesamtbonussystem vereinbart.

Die Höhe des Gesamtbonus ist abhän-

gig vom Ergebnis vor Steuern der Volkswagen AG nach HGB und wird zwischen Unternehmen und Gesamtbetriebsrat vereinbart; die Betriebsparteien einigen sich unter Berücksichtigung der Geschäftsentwicklung auf einen Euro-Betrag für je 10 Millionen Euro Ergebnis vor Steuern nach HGB. (...)

#### **Arbeitszeitflexibilität Flexibilitätskonto**

Es wird für jeden Beschäftigten ein individuelles Flexibilitätskonto eingerichtet.

Die Zeitsalden dürfen 400 Plus- und 400 Minusstunden nicht überschreiten. ... Bei einem Kontostand von plus oder minus 350 Stunden werden zwischen Vorgesetzten, Beschäftigten und Betriebsrat besondere Maßnahmen zur weiteren Steuerung des Flexibilitätskontos vereinbart.

#### **Bezahlte Mehrarbeit**

Abweichend von dem Grundsatz gemäß § 4.2.3 der Vereinbarung zur Sicherung der Standorte und der Beschäftigung, dass Mehrarbeit grundsätzlich durch bezahlte Freistellung von der Arbeit ausgeglichen wird ....

#### **4.3. Zuschlagspflichtige Mehrarbeit**

Zuschläge für Mehrarbeit werden für

Stunden gezahlt, die über 40 Stunden in der Woche hinausgehen, sofern das individuelle Flexibilitätskonto zum Zeitpunkt der Mehrarbeitsleistung einen positiven Zeitsaldo aufweist.

#### **Demographischer Wandel. Demografische Arbeitszeitkomponente**

Die Tarifvertragsparteien sehen angeichts der demographischen Herausforderungen die Notwendigkeit, den Beschäftigten die Möglichkeit eines vorzeitigen Ausscheidens aus dem Arbeitsleben einzuräumen.

Sie vereinbaren daher folgendes Modell: Zeitguthaben von Beschäftigten aus Mehrarbeitsleistung werden in Höhe von 66 Stunden zum Ende des Kalenderjahres in das individuelle Zeitwertkonto überführt. (...)

#### **Verhandlungsverpflichtung**

Die Parteien verpflichten sich, bis zum 30. September 2005 Tarifregelungen über altersgerechte und gesundheitsförderliche Arbeits- und Leistungsbedingungen zu vereinbaren. In diesem Zusammenhang werden sie auch über die Möglichkeit von Gesundheitsleistungen für die Belegschaft verhandeln.

#### **6. Gemeinsame Eingruppierungsbestimmungen für Arbeiter und Angestellte**

nicht mehr und damit versiegen Quellen, aus denen Extraprofit generiert wird, der hierzulande verteilt werden konnte.

- In der Folge gleichen sich auch die Qualifikationsniveaus der Beschäftigtenkörper an, Arbeitsorganisation und Qualitätsstandards erreichen ebenso vergleichbare Niveaus.

Die Belegschaften wissen, dass der Ruf „Wir sind besser als Skoda“ nicht mehr zieht. Allein die Arbeitsintensität und externe Faktoren machen noch den Unterschied aus.

Am direktesten wirken diese Rahmenbedingungen bei der Osterweiterung. Diese ist in großen Teilen geläufig. Produktionsstandorte sind installiert, laufen und sind in die Konzernstrukturen eingebunden. Die konzerninterne Konkurrenz ist als allgemeines Prinzip umgesetzt und die Belegschaften haben bisher keine Mittel, diese Konkurrenz zu dämpfen, auch wenn durchaus, wie bei Opel gesehen, über den EMB gemeinsame Aktionen organisiert wurden.

Der mit dem VW-Vertrag verbundene Weg, Lohnverzicht mit Investitions- und Produktzusagen gewissermaßen administrativ zu verknüpfen, dürfte jedoch nur mittelfristig die bestehenden Beschäftigungsstrukturen sichern und dämpfend auf die genannten Faktoren wirken. Wenn sich, wie oben behauptet, die Belegschaften darauf einlassen, der

Firma ihr Agieren im Konkurrenzkampf zu finanzieren, wird das Problem fehlender Innovation nur aufgeschoben. Tatsächlich wird der Innovationsdruck sogar vom Kapital genommen. Akzeptieren die Belegschaften die Konkurrenz zwischen den Einzelkapitalen müsste aber genau ein Druck zur Innovation aufgebaut werden; z. B. hinsichtlich neuer Antriebstechnologien, Produktionstechniken usw.

Auf der anderen Seite stünde gerade in den international agierenden Unternehmen die Chance, halbwegs existierende Strukturen der Interessenvertretung und der Kommunikation auszubauen und für einheitliche Regelungen in den Arbeitsbeziehungen, Mindeststandards bei den Arbeitbedingungen und eine Angleichung der Löhne zu agieren. Aber auch hier wären die hiesigen Belegschaften schnell wieder von dem Problem eingeholt, den eigenen Lohnstandard gegenüber gleicher Arbeit und niedrigeren Löhnen in andern Ländern begründen zu müssen. (rog)

- 1) Nicht ohne Grund wird der zweite Vorsitzende der IG Metall unmittelbar nach Abschluss des VW-Tarifes erneut mit der Konzeption der zweistufigen Abschlüsse auf die Bühne gehüpft sein; in NRW wird mit Bonusregelungen versucht, die Mitgliedszahlen zu steigern und praktisch das Risiko gegangen. Gewerkschaft als ständische Klientelpolitik in der modernen Industrie zu organisieren - abgesehen davon, dass der Gleichbehandlungsgrundsatz aufgegeben wird und dieser Schuss auch nach hinten losgehen kann.

**Arbeitgeber gegen Besserstellung von Gewerkschaftsmitgliedern im Tarifvertrag.** HB, Di., 2.11.04. „Ich halte solche Tarifverträge für völlig abwegig und verfassungswidrig,“ sagte der Hauptgeschäftsführer der BDI, R. Göhner. Die IGM NRW hat nach eigenen Angaben in ihrem Tarifbezirk rund ein Dutzend Firmentarifverträge abgeschlossen, durch die Gewerkschaftsmitgliedern Sonderkonditionen wie höheres Entgelt, mehr Urlaub oder eine bessere Altersvorsorge zugesichert würden. Solche Verträge würden vom Metall-Arbeitgeberverband NRW nicht unterzeichnet werden, sagte Gesamtmetall-Geschäftsführer T. Vajna. Gesamtmetall Präsident M. Kannegiesser schloss zudem aus, dass Sonderkonditionen für Gewerkschaftsmitglieder Einzug in den Flächentarifvertrag halten könnten. „Wir machen nichts mit, was Belegschaften spaltet und das Prinzip gleicher Lohn für gleiche Arbeit im selben Betrieb verletzt.“

**BDI und Bundesfamilienministerin wollen Elternzeit kürzen.** HB, Mo., 8.11.04. Die Elternzeit soll von drei auf ein Jahr gekürzt werden, dafür sollen die Betreuungsmöglichkeiten für Kleinkinder ausgebaut werden, wie die FAZ unter Berufung auf ein Positionspapier berichtet, das Familienministerin R. Schmidt und BDI-Präsident M. Rogowski verfasst haben.

**Wirtschaft fordert Samstagsarbeit.** HB, Mi., 10.11.04. In der Diskussion um längere Arbeitszeiten haben Wirtschaft und FDP die Ausweitung von Samstagsarbeit ins Gespräch gebracht. In der Bild-Zeitung forderten BDI-Vizepräsident D. Klingelnberg, DIHK-Präsident L. G. Braun und FDP-Vize R. Brüderle die generelle Möglichkeit der Samstagsarbeit.

**Bundesregierung legt Managerhaftung auf Eis.** Die Bundesregierung hat den Gesetzentwurf zur persönlichen Haftung von Managern und Aufsichtsratsmitgliedern in letzter Minute zurück gezogen. Er werde zu einem späteren Zeitpunkt verabschiedet, verlautete aus dem Bundesfinanzministerium. Grundlage sind massive Proteste von Unternehmens- und Bankenverbänden. Zudem wolle man entsprechende Initiativen der Europäischen Union abwarten.

**Mittelständische Industrie für eine Stunde Mehrarbeit pro Woche.** HB, Do., 11.11.04. Der Präsident des Bundesverbandes der mittelständischen Industrie, M. Ohoven, sprach sich gegen einen zusätzlichen Arbeitstag und dafür für eine Stunde Mehrarbeit pro Woche aus. Hintergrund ist die Debatte um den Samstag als Arbeitstag, gegen den sich die Gewerkschaften vehement aussprechen.

*Presseauswertung: rst*

- 6.1 Die mit Verhandlungsergebnis vom 24. September 2002 vereinbarten Struktur-Komponenten von zusammen 1,4 % entfallen ab 01. Oktober 2004 ersatzlos.
- 6.2 Die Tarifvertragsparteien werden bis zum 30. Juni 2006 gemeinsame Eingruppierungsbestimmungen für Arbeiter und Angestellte vereinbaren. (...)

#### Neues Vergütungssystem für Neue Beschäftigte

Für Beschäftigte, deren Arbeitsverhältnis nach dem 31. Dezember 2004 beginnt, werden die Tarifvertragsparteien bis zum 31. März 2005 einen neuen Tarifvertrag zur Vergütung im Detail vereinbaren. (...) Für den neuen Tarifvertrag gelten u.a. folgende Eckpunkte: (...) Das sog. Eckentgelt inklusive Leistungsbestandteile soll 2.562,-- Euro pro Monat betragen. (...)

Es wird einen leistungsorientierten Entgeltbestandteil geben, dessen Kriterien noch auszugestalten sind.

Für Beschäftigte, deren Arbeitsverhältnis nach dem 31. Dezember 2004 beginnt, gelten, solange der Tarifvertrag in seiner endgültigen Fassung noch nicht vorliegt, folgende Entgeltwerte:

- Ausgebildete: 2.400,-- Euro / Monat
- Hochschulabsolventen: 3.200,-- Euro / Monat (...)

Für Neueinstellungen gilt eine wöchentliche Arbeitszeit in einem Korridor von 28,8 bis 35 Stunden im Durchschnitt eines Kalenderjahres. (...)

#### Auszubildende

Die Ausbildungsvergütungen der Ausbildungsjahrgänge ab 2005 errechnen sich von dem Betrag des in Ziffer 7.1 enthaltenen Eckentgelts wie folgt: (...)

- Im 1. Ausbildungsjahr 730,-- Euro,
- im 2. Ausbildungsjahr 756,-- Euro,
- im 3. Ausbildungsjahr 832,-- Euro,
- im 4. Ausbildungsjahr 884,-- Euro.

8.2 Die AutoVision GmbH bietet für die Ausbildungsjahrgänge 2005 und 2006 pro Jahr 185 Ausbildungsplätze an. Von den Ausgebildeten der Volkswagen AG ab Ausbildungsjahrgang 2005 werden 85% in ein Arbeitsverhältnis zur Volkswagen AG übernommen; die Auswahl erfolgt nach Leistungskriterien. Näheres regelt eine Betriebsvereinbarung.

Die übrigen 15% erhalten ein unbefristetes Arbeitsvertragsangebot von der AutoVision GmbH oder anderen tarifgebundenen Konzerngesellschaften, sofern dem nicht personen- oder verhaltensbedingte Gründe entgegen stehen.

(...)

□

**Karel Woytila entwickelt ein Konzept:**

# Der christliche Staatsmann als Feldherr

Die Seligsprechung des letzten Kaisers aus dem Hause Habsburg sorgte für einiges Aufsehen. Ein Grund dafür ist, dass reaktionäre Ordnungsvorstellungen für Mitteleuropa an der Tradition der kaiserlich-und-königlichen Österreich-Ungarischen Monarchie anknüpfen, die ihre Herrschaft durch eine Vormachtstellung des Deutschtums in Staat und Gesellschaft organisierte. Ein anderer liegt darin, dass die propagandistischen Möglichkeiten der straff organisierten katholischen Kirche hoch eingeschätzt werden und die Kanonisierung von Karl I ein politisches Thema ist.

Der Habsburger war von 1916 bis zum Ende der Donaumonarchie Oberster Kriegsherr der k.u.k.-Truppen. Unter seine Verantwortung fällt der Einsatz von Giftgas in der Isonzschlacht 1917, bei dem 40.000 italienische Soldaten umgekommen sein sollen.

Nach der Niederlage verstand sich Karl nicht zu einer Abdankung. Er hielt den Machtanspruch der Habsburgermonarchie aufrecht.

Vom Exil aus versuchte er sogar, 1921 in Ungarn Fuß zu fassen. Er brach das zunächst von Vielen bejubelte Unternehmen nach einem ersten Gefecht ab, da unübersehbar wurde, dass die Aktion existenzbedrohend für die Tschechoslowakei, Rumänien und Jugoslawien und unannehbar für die Siegermächte war



„Die erfolgten Seligsprechungen wurden von der Menge auf dem Petersplatz mit Applaus begrüßt. Danach wurden Großporträts der Seliggesprochenen enthüllt, zuletzt jenes des Monarchen – dem einzigen Laien, der am Sonntag zur so genannten Ehre der Altäre erhoben wurde. Es zeigte ihn in Uniform.“  
(Originalnachricht des österreichischen Fernsehens)

und daher nicht zu einem Sieg führen konnte.

Im Folgenden wird die Seligsprechung als eine Versuch begriffen, definitorisch in die Beziehung zwischen politischer Führung und mündigen Bürgern einzutreten.

## Seligsprechung Sache der Kirche – und Schluss?

Die global operierenden Religionsgemeinschaften gründen sich letztlich auf die Zustimmung ihrer Mitglieder. Wenn die katholische Kirche neue Selige / Heilige macht: deren Sache. Die zu Kirchen verfestigten Religionsgemeinschaften treten aber auch als korporierte Bildner der öffentlichen Meinung auf. Wie sie ihre organisierte, disziplinierte Kraft im politischen Raum zum Tragen bringen wollen ist von öffentlichem Interesse. Dies gilt umso mehr, wenn ein ausgewiesener Medienfachmann wie Karel Woytila, dessen Rolle für die Rückumwandlung des zerfallenden Realsozialismus in Kapitalismus nach allgemeinem Urteil kaum überschätzt werden kann, die Weichen stellt. Die Kanonisierung des letzten Habsburgerkaisers Karl I., die innerhalb und außerhalb der Kirche Aufmerksamkeit, ja sogar Aufregung auslöst, zeigt erneut sein Geschick. Die Aufmerksamkeit ist da, jetzt kann die Botschaft einsickern.

## Heilig und selig, Diesseits und Jenseits

Die Kanonisierung des Lebens einer Person ist der Sache nach Anerkennung ihres Wirkens als vorbildhaft. Sie entfaltet Wirkung, indem sie Menschen auf den Weg der Nachfolge lenkt. Das geht, falls der Problemkomplex, den die kanonisierte Person darstellt, in der Bio-

Dokumentiert: [www.vatican.va/news\\_services/liturgy/saints/ns\\_lit\\_doc\\_20041003\\_charles-austria\\_ge.html](http://www.vatican.va/news_services/liturgy/saints/ns_lit_doc_20041003_charles-austria_ge.html)

## KARL AUS DEM HAUSE ÖSTERREICH (1887-1922)

Karl aus dem Hause Österreich wurde am 17. August 1887 auf Schloss Persenbeug in Niederösterreich geboren. Seine Eltern waren Erzherzog Otto und Prinzessin Maria Josepha von Sachsen, Tochter des letzten Königs von Sachsen. Kaiser Franz Joseph I. war Karls Großonkel.

Karl wurde bewusst katholisch erzogen und von Kindheit an durch eine Gruppe von Menschen im Gebet begleitet, da eine stigmatisierte Klosterfrau große Leiden und Angriffe gegen ihn prophezeit hatte. Daraus entstand nach dem Tod Karls die Kaiser-Karl-Gebetsliga für den Frieden der Völker – seit 1963 als Gebets-Gemeinschaft kirchlich anerkannt.

Schon früh wuchs in Karl eine große Liebe zur heiligsten Eucharistie und zum Herzen Jesu. Alle wichtigen Entscheidungen suchte er im Gebet.

Am 21. Oktober 1911 heiratete er Prinzessin Zita von Bourbon-Parma. In den gut zehn Jahren ihrer glücklichen

und vorbildhaften Ehe wurden dem Paar acht Kinder geschenkt. Noch auf seinem Sterbebett sagte Karl zu Zita: „Ich liebe Dich unendlich!“ Am 28. Juni 1914 wurde Karl infolge der Ermordung des Erzherzog Thronfolgers Franz Ferdinand durch einen Attentäter zum Thronfolger Österreich-Ungarns.

Mitten im Ersten Weltkrieg machte der Tod Kaiser Franz Josephs Karl am 21. November 1916 zum Kaiser von Österreich. Am 30. Dezember 1916 wurde er zum Apostolischen König von Ungarn gekrönt.

Auch diese Aufgabe sah Karl als Weg der Nachfolge Christi: In der Liebe zu seinen Völkern, in der Sorge um sie und in der Hingabe des Lebens für sie.

Die heiligste Pflicht eines Königs – für den Frieden zu sorgen – stellte Karl in den Mittelpunkt seiner Bemühungen während des furchtbaren Krieges. Als einziger aller Verantwortlichen unterstützte er die Friedensbemühungen Papst Benedikts XV.

Im Inneren bot er in schwierigster Zeit die Hand zu einer umfangreichen und beispielgebenden Sozialgesetzgebung im Sinne der christlichen Soziallehre.

Seine Haltung ermöglichte einen Übergang in die Nachkriegsordnung ohne Bürgerkrieg. Dennoch wurde er aus seiner Heimat verbannt.

Auf Wunsch des Papstes, der eine kommunistische Herrschaft in Mitteleuropa befürchtete, versuchte Karl, seine Regierungsverantwortung in Ungarn wieder herzustellen. Zwei Versuche scheiterten, da er unbedingt einen Bürgerkrieg vermeiden wollte.

Karl wurde nach Madeira ins Exil geschickt. Da er seine Aufgabe als einen Auftrag Gottes sah, konnte er sein Amt nicht zurücklegen.

Er lebte mit seiner Familie verarmt in einem feuchten Haus. Dort zog sich Karl eine tödliche Erkrankung zu, die er als Opfer für Frieden und Einheit seiner Völker annahm. Karl ertrug sein Leid ohne Klagen, verzichtete allen, die an ihm schuldig geworden waren, und starb am 1. April 1922 mit dem Blick auf das Allerheiligste. Motto seines Lebens war, wie er noch am Sterbebett sagte: „Mein ganzes Bestreben ist immer, in allen Dingen den Willen Gottes möglichst klar zu erkennen und zu befolgen, und zwar auf das Vollkommenste.“

grafie Orientierung Suchender Anhaltspunkte hat. Durch die Kanonisierung wird einem Menschen etwas über seine Existenz Hinausweisendes zugeschrieben. Die Person wird zur Persönlichkeit, aus irgendeinem Pofel x wird ein Promi X. Sportler haben Vorbildfunktion. Kahn ist kein Heiliger, sollte es aber sein ...

Die katholische Kirche hat diesen Prozess, der in Gesellschaften jeder Entwicklungsstufe vorzufinden ist, ritualisiert. Anders als der von Publikum und Presse gemachte Torwart, Radfahrer oder Tennisstar steht das von den echten Lebendigen abgezogene Bild für weitere Diskussionen nicht mehr zur Verfügung. Es wird im „Jenseits“ angesiedelt.

Die christlichen Konfessionen benötigen das „Jenseits“ wegen ihrer Annahme eines ewigen Fortlebens der Seele. Das Ansehen, das nach dem Tode eine Zeitlang bleibt, ist vielen Menschen wichtig. Manchen kommt es sogar darauf an, in den Geschichtsbüchern zu stehen. Solche Konzeptionen wenden die allgemein menschliche Furcht vor dem Tod ins Konstruktive. Dieses weit verbreitete, wirkungsmächtige Bedürfnis bewirtschaften die christlichen Konfessionen. Wie sie es tun, ist Produkt geschichtlicher Entwicklungen.

### **Nahe bei Gott**

Der Heiligenkult entstand in der Antike. Dem Risiko des Martyriums wurde die Annahme entgegengesetzt, dass gerade diesem bitteren, oft grausamen Tod die unmittelbare Aufnahme in den Himmel folge und zwar in eine besondere Nähe (die sog. Anschauung) Gottes. Wenn sich die Fans in den Fokus einer Fernsehkamera drängen, die auf den Star gerichtet ist, so wollen sie von Viele gesehen und als Mittler anerkannt werden. Weil die heilige Person bei Gott ist und auch ein Sünder war, kann sie Fürbitte leisten. Im Gebet um Fürbitte richtet die betende Person ihr Problem an einer Struktur aus, die durch die Art und Weise, in der der Heilige Ähnliches durchlebte, vorgeformt ist.

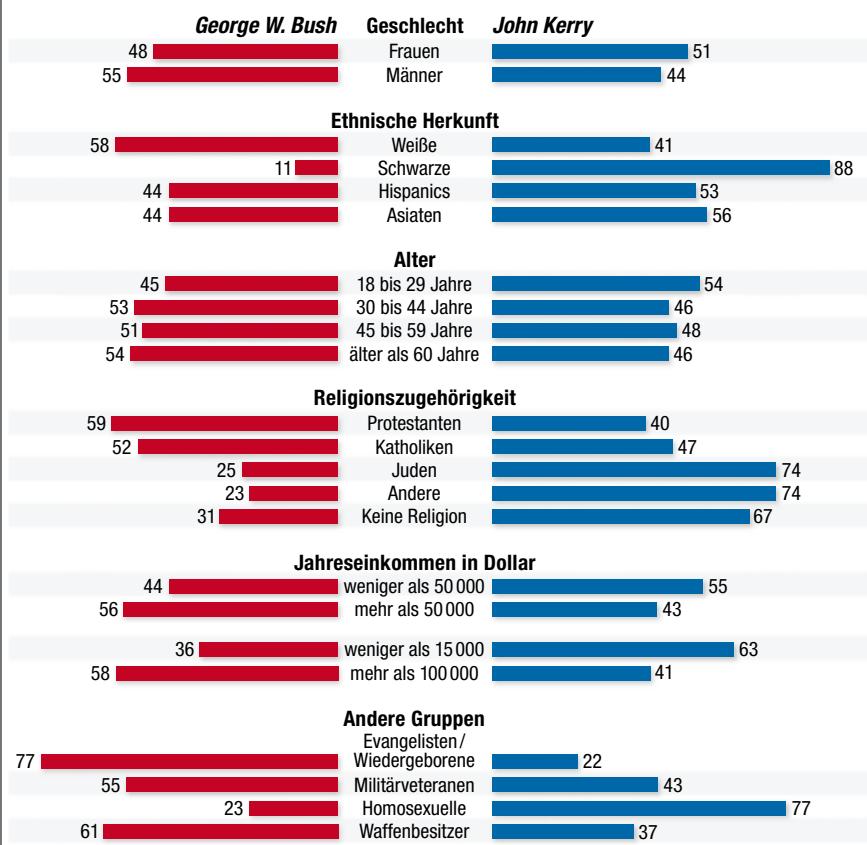
### **Karl I.: Vorbild für Entscheider**

Wenn zum Beispiel Publikum und Fernsehen einen Fußballstar machen und damit einige zehntausend Knaben zu vermehrtem Fußballspiel anregen, unterliegt der ausgelöste Prozess der Kontrolle durch deren Verstand und Gewissen. Sie werden vielleicht für einige Zeit im Leben oder immer wieder mal für ein paar Stunden „fußballverrückt“, verlieren aber die Kontrolle nicht.

Die Kanonisierung durch die Kirche entzieht den Gegenstand der Heiligung der Reflexion durch den Betroffenen. Und darin liegt der Reiz des Verfahrens: wenn eine Entscheidung getroffen werden muss, die das Gewissen belastet und

## **Wer wen wählte**

Stimmenanteile der Bevölkerungsgruppen bei der amerikanischen Präsidentenwahl (in Prozent)



Quellen: CNN.com (13 660 Befragte); USA Today (13 531 Befragte) / F.A.Z.-Grafik Walter

*In den USA haben sich die Wählerinnen und Wähler katholischen Bekenntnisses mehrheitlich von dem Katholiken Kerry abgewendet. Bush, obgleich Protestant, entspricht dem Ideal des christlich inspirierten Staatenlenkers in hervorragender Weise. Das Wahlverhalten der US-Katholiken lässt vermuten, dass eine konervative, autoritäre Ausdeutung des Bekenntnisses durch die Oberhirten mit einer dementsprechenden Grundströmung in der Herde korrespondiert. Die imperialistisch- und kriegskritische Strömung in der katholischen Kirche gerät immer tiefer in die Defensive.*

Fragen aufwirft, winkt hier die Sicherheit der Autorität. Wer seine Gewissensentscheidung einer Autorität überträgt, kann sich wenigstens vor deren Kritik sicher wähnen.

Die Kanonisierung von Karl I. betrifft Menschen, deren Leben Überschneidungen mit dem Seinen denkbar macht. Der Sache nach ist Karl ein Vorbild für politische Entscheider, für Leute, die das staatliche Gewaltmonopol vollstrecken.

Für die wird das Feld des Zulässigen neu abgesteckt: Ergreifen der Macht aus eigenem Entschluss, Führung von Kriegen unter Einsatz grausamer Mittel,

Nichtrespektieren einer demokratischen Entscheidung usw.

Nachdem der Faschismus niedergekommen waren, galt die demokratische Legitimation als ein unverzichtbares Steuerungsmittel der politischen Macht. Die katholisch sozialisierten Menschen begannen sich weltweit mit dem Ansatz der Demokratie zu arrangieren und von der Idee der christlich inspirierten Diktatur zu lösen.

In diesen Prozess greift die Kanonisierung von Karl I. ein, um ihn zurückzuschneiden. Es handelt sich dabei aber nicht nur um ein Angebot, eine Handreichung für Mächtige, die die morali-

### **Predigt des Papstes bei der Seligsprechung, Auszug betreffend Karl I.**

*„Die entscheidende Aufgabe des Christen besteht darin, in allem Gottes Willen zu suchen, zu erkennen und danach zu handeln. Dieser täglichen Herausforderung stellte sich der Staatsmann und Christ Karl aus dem Hause Österreich. Er war ein Freund des Friedens. In seinen Augen war der Krieg „etwas Entsetzliches“. Mitten in den Stürmen des Ersten Weltkriegs an die Regierung gelangt, versuchte er die Friedensinitiative meines Vorgängers Benedikt XV. aufzugreifen.*

*Von Anfang an verstand Kaiser Karl sein Herrscheramt als heiligen Dienst an seinen Völkern. Sein ernstes Bestreben war es, der Berufung des Christen zur Heiligkeit auch in seinem politischen Handeln zu folgen. Dabei war ihm der Gedanke der sozialen Liebe wichtig. Sei er uns allen ein Vorbild, besonders denen, die heute in Europa politische Verantwortung tragen!“*

sche Belastung durch Kollateralschäden abladen möchten.

#### Die Ausrichtung der Kirche

Viel interessanter für Mächtige ist, dass die Ausrichtung der kirchlichen Verkündigung, der Lehre und der Predigt die Kultivierung von Kritik an ihrem Handeln ganz erheblich erschwert. Die Kanonisierung steht deswegen nicht nur zeitlich in engem Zusammenhang mit der Besetzung der Bischofsposten durch autoritäre, zum Durchgreifen bereite Personen.

#### Eine Lesart für die Herde ...

Die Zentralbegriffe in der amtlichen Biografie, die gewissermaßen das Spaliert bildet, an dem sich der Nachfolgegedanke emporranken und Blüten treiben kann, sind: katholische Erziehung und geistliche Betreuung, Leben unter strenger Beachtung der rituellen Vorschriften, Sorge für den Frieden als Herrscherpflicht, Bindung an die Soziallehre. Offen für Wünsche des Papstes.

Karl I., so der Papst in seiner Predigt zu diesem Anlass, habe den Krieg als etwas Entsetzliches „gesehen“, sein Herrscheramt als heiligen Dienst an seinen Völkern „verstanden“, die Berufung des Christen zur Heiligkeit seines politischen Handelns sei sein „ernstes Bestreben“ gewesen, wobei ihm „der Gedanke der sozialen Liebe wichtig“ gewesen sei. Das klingt gar nicht so gefährlich?

#### ... eine andere für die Hirten

Zunächst einmal wird der Krieg als Mittel der Politik keineswegs ausgeschlossen, denn wenn Karl I. den Krieg auch als etwas Entsetzliches gesehen haben mag, so hat er bekanntlich diesen Krieg doch geführt, und zwar an verantwortlicher Stelle.

Der Legitimationszusammenhang von Herrschaft wird nicht aus der Demokratie entwickelt. Das Mandat zum Handeln kommt nicht aus der Bevölkerung, sondern aus der Welt des Glaubens. Die soziale Frage ist ihm „wichtig“, d.h. sie wird mit in Betracht gezogen.

Wie weit müsste ein christlicher Staatsmann gehen, um den durch das Vorbild Karl I. gezogenen Handlungsrahmen zu sprengen? Was müssten christliche Staatsleute tun, damit die Kirche ihnen den Segen entzieht? Womit rechnen Karel Woytila und der vatikanische Apparat, wenn sie eine solche entsetzliche Bandbreite vorbildhaften Handelns ausspannen? Sie rechnen mit einem Krieg der Kulturen und sind bereit, christlichen Streitern das Hinterland kritikfrei zu halten.

Darauf deutet das am Beispiel von Karl I. entwickelte Konzept eines christlichen Staatsmannes. Es zeigt ihn in der Uniform des Weltkriegsfeldherrn.

Martin Fochler

#### Stand der Petitionsinitiative des Komitees für Grundrechte und Demokratie

# Rechte für ein weltweites Subproletariat?

Das Komitee für Grundrechte und Demokratie hatte im April diesen Jahres eine Initiative für die Unterzeichnung der „Internationalen UN-Konvention zum Schutz der Rechte aller WanderarbeiterInnen und deren Familienangehörigen“ in Form einer Massenpetition gestartet, die im Dezember dem Petitionsausschuss übergeben werden soll (vgl. PB 9/2004).

#### MigrantInnen im Kontext einer globalen Niedriglohnökonomie

Weltweit nimmt die Entwurzelung von Menschen zu. Das ist unter anderem eine Folge dessen, was allgemein als „neoliberaler Globalisierung“ bezeichnet wird. Gemeint ist damit die expansiv gewaltsame Durchdringung aller Lebensverhältnisse bis in den letzten Weltwinkel hinein und ihre Zurichtung nach den Erfordernissen der Kapitalverwertung. Unzählige Menschen sind deshalb gezwungen, sich aus den Schütterzonen der Globalisierung aufzumachen. Auf der Suche nach existenzsichernder Arbeit, Schutz, Einkommen und menschengerechten Lebensperspektiven. Diese globalen Wanderungsbewegungen machen auch vor den tödlich befestigten Grenzen Europas nicht halt. Viele lassen ihr Leben auf der Suche nach einem besseren.

Einem Teil der unerwünschten MigrantInnen gelingt es dennoch, unerlaubt in die europäischen Wohlstandszonen vorzudringen. Dort werden sie von den informellen Arbeitsmärkten aufgesogen. Diese ArbeitsmigrantInnen bilden das profitabel ausbeutbare Unterfutter einer globalisierten Ökonomie, die den Preis für die Weltmarktware Arbeitskraft drückt, so dass von einer globalen Niedriglohnökonomie (Michel Chossudowsky) gesprochen werden kann. In Europa gilt dies insbesondere für jene arbeitsintensiven Sektoren (Bauwirtschaft, Landwirtschaft, hausnahen Dienstleistungen, Gastronomie, Pflegewirtschaft usw.), die nicht in andere Länder ausgelagert werden können. Die „unsichtbaren Arbeitskräfte“ schuften unter sklavenähnlichen, menschenunwürdigen Bedingungen und sind fortwährender Diskriminierung, Ausbeutung und Gewalt ausgesetzt.

Gegenüber MigrantInnen werden fundamentale Menschenrechte vielfach verletzt oder missachtet, insbesondere, wenn sie sich „unerlaubt“ im Lande aufzuhalten oder „unerwünscht“ sind. Gegen diese Praxis wendet sich die UN-

Konvention, die in der Überzeugung geschaffen wurde, dass es notwendig sei, Menschenrechte für ImmigrantInnen präzise zu bestimmen, ihre Beachtung zu überwachen und Möglichkeiten ihrer besseren Durchsetzbarkeit in der Praxis zu schaffen. Sie sichert ArbeitsmigrantInnen – unabhängig von ihrem aufenthaltsrechtlichen Status – grundlegende politische, persönliche und soziale Menschenrechte zu. So das Recht auf Freiheit, auf Bildung, auf körperliche Unversehrtheit und medizinische Behandlung, auf angemessene Bezahlung, rechtsstaatliche Verfahren. In der BRD ist diese UN-Konvention weitgehend unbekannt geblieben, obwohl sie seit dem 1.7.2003 in Kraft getreten ist, nachdem mehr als 20 Staaten sie ratifiziert haben.

Das, was die UN-Konvention speziell auf WanderarbeiterInnen bezogen normiert, ist bereits im Kern auch in der von der BRD unterzeichneten Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 (vgl. Art. 1, insbesondere Abs. 2 + 3 GG) und anderen internationalen Abkommen enthalten. Diese Menschenrechtsbestimmungen müssten in der BRD „unmittelbar“, d.h. gerade auch für WanderarbeiterInnen, gelten. Die rot-grüne Bundesregierung begründet ihre Weigerung eines wirksamen Schutz der Menschenrechte von WanderarbeiterInnen, wie er mit der UN-Konvention angestrebt wird, jedoch damit, dass dies einen „Anreiz“ darstellen könnte, ohne eine Erlaubnis in Deutschland zu leben und zu arbeiten.

Da die Bundesregierung bislang, wirtschaftspolitisch höchst eigeninteressiert, nicht bereit ist, die UN-Konvention zu ratifizieren, will das Komitee für Grundrechte und Demokratie mit seiner Petition eine öffentliche und parlamentarische Debatte über die UN-Konvention in Gang setzen und damit die fortwährende Einschränkung fundamentaler Menschenrechte von arbeitenden und vielfach illegalisierten ImmigrantInnen thematisieren.

#### Ein Mangel an Solidarität?

Viele linke und migrationspolitisch arbeitende Initiativen haben bislang die Petitionsinitiative unterstützt, indem sie Artikel von uns veröffentlichten, die Petition auf ihre Homepage gesetzt oder uns zu Veranstaltungen eingeladen haben. Rund tausend Bürgerinnen und Bürger haben sich der Petition inzwischen angeschlossen und diese unterzeichnet. Das ist für eine politisch an-

den Rand gedrängte und mit dem Stigma des Kriminellen und Illegalen versehene Problematik nicht unbedeutend. Zugleich hat das kleine Bürgerrechtskomitee nicht die materiellen Ressourcen, um von sich aus in ganzseitigen Anzeigen in der bürgerlich-liberalen Presse für seine Initiative zu werben.

Die Situation der illegalisierten ArbeitsmigrantInnen scheint zudem kein Gewerkschaftsthema zu sein. Bis auf ver.di, die die Petitionsinitiative zur Kenntnis genommen und darauf aufmerksam gemacht hat, gibt es keine nennenswerte Unterstützung. Die IG BAU, die erst kürzlich eine Gewerkschaft für „Wanderarbeiter“ gegründet hat, hat sich bislang nicht – obwohl von uns dazu angefragt – zu unserer Initiative geäußert. Das mag vielleicht daran liegen, dass die ILO (International Labour Organization) mit ihren Forderungen hinter denen der UN-Konvention weit zurückbleibt.

#### **Die Rechte der ArbeitsmigrantInnen können nur um den Preis der eigenen aufgegeben werden**

In einer Zeit jedoch, in der Regierung und Kapital Arbeitsbedingungen und Lebensverhältnisse der arbeitenden Bevölkerung massiv unter Druck setzen (Stichwort: Hartz IV), in der neue Zwangsarbeitsverhältnisse geschaffen werden, in der die Klasse der „working Poor“, der arbeitenden Armen, sich ausbreiten und in der ein breites Spektrum von Niedriglohnarbeit mit reformerischer Gewalt in die Gesellschaft hineingetrieben wird, ist es gerade zu töricht, die Gewaltformen der Ausbeutung und der Entrechtung der WanderarbeiterInnen nicht zu thematisieren und gegen diese nicht zu „protestieren“. Denn die Entrechtung der weltweiten Massenarmut, die unter unmenschlichen Bedingungen ihre Arbeitskraft verkaufen muss, wird die Entrechtung der besitz- und einflusslosen Klassen in den Metropolen vorantreiben. Sie wird die Grundlagen einer demokratischen Gesellschaft langfristig zersetzen, denn die Menschenrechte sind unteilbar.

Es kommt darauf an, in den illegalisierten und regulären WanderarbeiterInnen nicht Konkurrenten auf einem kapitalmächtig und kapitalproduzierenden deregulierten Arbeitsmarkt zu erkennen, sondern Arbeiterinnen und Arbeiter, die schon heute unter sklavenähnlichen Bedingungen arbeiten und leben müssen, wie sie jetzt vielen Arbeiterinnen und Arbeitern in Europa/BRD in Aussicht gestellt werden (ein Blick in die USA kann uns lehren). Die Rechte der ArbeitsmigrantInnen können nur um den Preis der eigenen aufgegeben werden. Das Kapital hat sich schon lange von einer nationalen Arbeiterklasse verabschiedet – deshalb sind diesem die irregulären ImmigrantInnen recht –, einen Kampf gegen die

neuen Ausbeutungsverhältnisse, wie sie jetzt in der BRD eingeschliffen werden (Ein-Euro-Jobs), kann es nur in internationalistischer Perspektive geben. Das heißt hier: mit den WanderarbeiterInnen. Die Petitionsinitiative des Komitees für Grundrechte und Demokratie will einen Ansatz dazu anbieten.

Das vierseitige Petitionsfaltblatt für die Unterschriftensammlung kann angefordert werden unter: Komitee für Grundrechte und Demokratie, Aquinostr. 7-11, 50670 Köln, oder heruntergeladen werden unter: [http://www.grundrechtekomitee.de/files/articles/asyl\\_petition.pdf](http://www.grundrechtekomitee.de/files/articles/asyl_petition.pdf)

Auch nach dem Abgabetermin der Petition Mitte Dezember beim Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages können noch Unterschriften nachgereicht werden, da die Bearbeitung und Beratung gewöhnlich einige Zeit in Anspruch nimmt.

*Dirk Vogelskamp, Komitee für Grundrechte und Demokratie*

**Rezensiert: Kevin Phillips, Die amerikanische Geldaristokratie**

## **Die USA – eine Weltwirtschaftsmacht vor dem Niedergang?**

Im Frankfurter Campus-Verlag ist ein Buch erschienen, in dem der amerikanische Publizist Kevin Phillips („Los Angeles Times“, „Harper’s Magazine“ und „Time“) die „politische Geschichte des Reichtums in den USA“ faktenreich und spannend beschreibt. Die US-Ausgabe des Buches erschien bereits 2002. Die deutsche Übersetzung liegt jetzt als Band 9 der Schriftenreihe „Frankfurter Beiträge zu Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“ der Hans-und-Traute-Mattöhfer-Stiftung vor.

„Kevin Phillips schildert, wie die großen Vermögen entstanden sind. Er deckt dabei eine subtile Form der Korruption auf, die nicht auf Bestechungen beruht, sondern auf der kulturellen Wertschätzung von Reichtum und finanzieller Macht und einem daraus abgeleiteten politisch-ökonomischen System im Namen von freiem Unternehmertum und nationaler Sicherheit. Phillips bezeichnet die USA provozierend als Plutokratie, in der die Regierung die Interessen der Reichen schützt, und hat damit in den USA eine heftige Kontroverse ausgelöst“, schildert der Verlag und zitiert die einflussreiche US-Zeitschrift „Publishers Weekly“ mit der Bewertung, das Buch sei „eine scharfsinnige Analyse über die bedenklichen Auswirkungen von Reichtum und Kapital auf die Demokratie“.

Der Autor entwickelt zudem eine pro-

vokante These, die in den USA heftige Kontroversen ausgelöst hat. Er prognostiziert, „dass die Vereinigten Staaten ihren Zenith als Weltwirtschaftsmacht überschritten haben“, und stützt diese These unter anderem am historischen Beispiel der drei alten Mächte Spanien, Niederlande und Großbritannien.

Bevor er aber zu dieser provokanten These kommt, zeichnet er auf mehr als 400 Seiten eine faktenreiche und mit vielen zeitgenössischen Zitaten gespickte Geschichte der „großen Wellen des amerikanischen Reichtums“.

#### **Multipolarität oder Unipolarität?**

Offenbar beeindruckt von dem 1991 erschienenen Buch von Paul Kennedy: „Aufstieg und Fall großer Mächte. Ökonomischer Wandel und militärischer Konflikt 1500 bis 2000“ entwickelt der Autor dann in den letzten Kapiteln seine These vom Niedergang der USA.

Die Symptome, an denen Phillips dies festmacht, sind offensichtlich: Das seit Jahren ansteigende Außenhandelsdefizit, die unter Clinton kurzzeitig gesenkte, unter Bush aber wieder explosionsartig steigende US-Staatsschulden und der sinkende Anteil amerikanischer Konzerne am Welthandel mit Industriegütern. Die Weltwirtschaftsmacht der Zukunft wächst für ihn in China heran. Diese Erwartung des Autors deckt sich mit der schon vor mehreren Jahren von linken Ökonomen wie Samir Amin geäußerten Hoffnung auf eine „multipolare“ Zukunft der Welt. Sie entspricht damit auch den Erwartungen der politischen Führung in China, die ebenfalls von einer Entwicklung zur „Multipolarität“ ausgeht, während das italienisch-amerikanische Duo Negrini/Hardt in seinem Werk „Empire“ bekanntlich einen Trend in Richtung unipolare Weltordnung vermutet.

#### **Pomp, Polarisierung und „Radikalismus der Mittelklasse“**

Der Pomp an der Spitze der US-Gesellschaft und die zunehmende soziale Polarisierung in den USA gehören dabei für Phillips ebenfalls zu Symptomen des Niedergangs der USA als dominierende Weltwirtschaftsmacht. Beides habe seit Anfang der 90er Jahre auch zu einem „Radikalismus der Mitte“ geführt. Weitere Symptome sind für ihn: „die Verdrossenheit der Arbeiterschaft, vor allem der Männer; die Sorge angesichts der Globalisierung und der Tatsache, dass bislang einheimische Investitionen nun ins Ausland flossen; ein zunehmend kritisches Bewusstsein für die Reichen und den offenen Konsum sowie erste Anzeichen einer Plutokratie.“

Dieser „Mittelklassen-Radikalismus“ und eine wachsende Frustration großer Teile der Bevölkerung mit niedrigen und mittleren Einkommen über die Entwicklung ihrer Realeinkommen und

ihre schlechten werdenden Zukunftsperspektiven sind für Phillips auch die Erklärung für eine in verschiedenen Facetten sichtbare und insgesamt zunehmende „Sehnsucht nach einer institutionellen, moralischen und ökonomischen Erneuerung bzw. Wiederbelebung.“ (S. 420f.)

Das klingt für manche Ohren wie der Versuch einer Erklärung von Phänomenen wie der wachsenden Stärke der religiösen Rechten in den USA und mag auch eine Erklärung sein. Das Streben nach „Erneuerung“ aber, so jedenfalls die These von Phillips, könnte durchaus auch in ganz andere politische Richtungen münden.

In den Niederlanden etwa habe der Verlust der Vormacht im 18. Jahrhundert zu einer Verallgemeinerung des Wahlrechts und sozialen Reformen geführt. Auch in Großbritannien habe der Verlust der Stellung als dominierende Weltmacht Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts – damals erkennbar am Aufstieg der Konkurrenten USA, Japan und Deutsches Reich – zu mehreren Wahlrechtsreformen und am Ende auch zum Aufstieg der Labour Party geführt.

Große Kriege dagegen, wie die Bush-Administration ihn jetzt angeblich gegen den „internationalen Terrorismus“ führt, könnten solche Prozesse des weltwirtschaftlichen Niedergangs sogar noch beschleunigen, so Phillips. „Als die USA nach den Anschlägen auf das World Trade Center und das Pentagon am 11. September 2001 den Krieg gegen den Terrorismus erklärt, führte dies wie so viele frühere Fanfarenstöße dazu, dass die wirtschaftliche und soziale Reformagenda an den Rand gedrängt wurde. Die Kehrseite der Medaille, auf die Historiker ebenfalls ausführlich hingewiesen haben, ist, dass Kriege, vor allem solche mit ganz neuen geografischen, finanziellen und technologischen Dimensionen, eine eindeutig negative Rolle beim Niedergang der führenden Weltwirtschaftsmächte gespielt haben. Die Reformen kehrten anschließend auf die Tagesordnung zurück.“

Man muss nicht alle Thesen von Phillips teilen, aber nachdenkenswert und lesenswert ist sein Buch, auch und gerade vor dem Hintergrund der jüngsten Wahlergebnisse in den USA. Zumindest bekommt man einen Eindruck von gesellschaftspolitischen Debatten dort. Das allein macht das Buch besser und interessanter als Gazetten wie „Spiegel“ und „Stern“, die aus Anlass dieser Wahlergebnisse und sogar der Krise bei Opel wieder einmal das leere Stroh des Antiamerikanismus dreschen. *rül*

**Kevin Phillips, Die amerikanische Geldaristokratie. Eine politische Geschichte des Reichtums in den USA, 476 Seiten, 29,90 Euro, Campus Verlag, Frankfurt/New York, ISBN 3-593-37312-2**

## Studie über Einflussfaktoren auf Geburtenrate

# Die konservative Falle

Die sinkende Geburtenrate veranlasste zu einer Studie des Allensbach-Instituts über Einflussfaktoren zur Geburtenrate, die Anfang Oktober präsentiert wurde. Auftraggeber war die baden-württembergische Landesregierung.

Das Institut hat bis Ende letzten Jahres bundesweit 1.257 Personen zwischen 18 und 44 Jahren danach befragt, welche Gründe für Kinder sprächen und welche dagegen. Weiterhin wurde abgefragt, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssten, um dem Kinderwunsch nachkommen zu können.

Bevölkerungswissenschaftler gehen davon aus, dass in Zukunft 30% der Frauen kinderlos bleiben werden. In der niedrigen Geburtenrate sehen die Autoren der Studie die Gefahr, dass es eine Veränderung des sozialen Klimas geben werde. Immer mehr Erwachsene hätten weniger Kontakt zu Kindern. Würden dann noch die Interessen der Familien und ihrer Kinder in Politik und Gesellschaft ausreichend berücksichtigt werden? Zudem seien die sozialen Sicherungssysteme bei immer weniger Kindern in Gefahr.

Davon gehen aber nur 39% der Befragten aus: Sie sehen bei einer deutlichen Erhöhung der Geburtenrate eine Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme. Dagegen gehen 42% davon aus, dass mehr Kinder nur wenig dazu beitragen.

Auf die Frage, ob bei der Entscheidung für oder gegen Kinder auch die Zukunft der Gesellschaft eine Rolle spielen sollte, entschieden sich 58% für nein, 27% für ja und 15% waren unentschieden.

Nach dieser Studie geht die niedrige Geburtenrate in der BRD vor allem auf den hohen Anteil Kinderloser zurück, nicht auf eine ungewöhnlich niedrige Kinderzahl in Familien mit Kindern.

Gut 30% der Frauen bleiben kinderlos, bei den Frauen mit Hochschulabschluss sogar 42%. Im Vergleich dazu Frankreich, das übrigens eine deutlich höhere Geburtenrate aufweist: Dort bleiben nur 9 % der Frauen kinderlos.

Interessant dabei ist, dass sich ein großer Teil der Befragten Kinder wünschen. Allerdings gehören Kinder heute nicht mehr selbstverständlich zur Lebensplanung, Familie ist eine unter mehreren Optionen.

Um einen Kinderwunsch umsetzen zu können und zu wollen, ist den Befragten Folgendes wichtig:

- 84% benannten eine stabile Paarbeziehung,
- 72% wünschten, dass wenigstens ein Partner sich in einer gesicherten beruflichen Situation befindet,

- 62%, dass die finanzielle Situation gesichert ist,
- 60%, dass ein Einkommen ausreicht,
- 53%, dass beide Partner ihre Berufsausbildung abgeschlossen haben,
- 25% nannten das Vorhandensein von Betreuungsangeboten für wichtig.

Darüber mag sich Ministerpräsident Teufel allerdings keine Gedanken machen. Er erklärte in diesem Zusammenhang, dass die Diskussion über den Geburtenrückgang nicht auf die Betreuungsfrage verengt werden dürfe.

Die Diskussion um finanzielle Aspekte, die auf die Geburtenrate Einfluss nehmen könnten, möchte er wohl auch nicht führen. Erst kürzlich wurde bekannt: Die Landesregierung will das Programm Mutter und Kind 2007 beenden. Schon 2005 sollen die bisherigen Zuschüsse um 10% gekürzt werden, dabei soll 3,8 Millionen Euro Ersparnis herauskommen. Bisher wurde in besagtem Programm das Kindergeld, das vom Bund bis Ende des zweiten Lebensjahres finanziert wird, vom Land ins dritte Jahr hinein verlängert. Dabei gibt es für Alleinerziehende 307 Euro monatlich, 102 Euro mehr, als beim Landeserziehungsgeld für Verheiratete.

Familie und Beruf in Einklang zu bringen, scheint vielen Menschen unter jetzigen Bedingungen recht schwer zu sein.

Wichtig ist für 85% der Befragten, dass Kinder erst kommen, wenn die Ausbildung abgeschlossen und einige Berufsjahre investiert wurden.

Dies ist aber gerade das Problem, auf das die Studie hinweist: Das enge Zeitfenster für die Realisierung des Kinderwunsches führt letztlich oft zur Entscheidung gegen ein Kind.

Das enge Zeitfenster bedeutet in diesem Fall:

Viele ziehen Kinder erst mit Ende 20 in Betracht. Schon mit Anfang 30 gehen Kinderwünsche jedoch steil zurück.

Das heißt, dass in vielen Fällen, in denen die Realisierung von Kinderwünschen erwogen wird, die Zeitspanne gerade einmal fünf bis acht Jahre beträgt.

Als Gründe werden dafür gesehen:

Langen Ausbildungszeiten, das polarisierende Denken (Familie oder Beruf), Kollision mit beruflichen Zielen und gesundheitliche Bedenken.

53% möchten, dass beide Partner ihre Berufsausbildung abgeschlossen haben.

Erstaunlich ist, wie polarisierend immer noch (oder wieder neu?) die Frage nach Familie oder Beruf entschieden wird:

Auf die Frage, was sie einer werden den Mutter raten würden hinsichtlich

ihrer Berufsausübung, waren nur 8% dafür, weiter Vollzeit zu arbeiten, 49% für Teilzeittätigkeit und 29% würden zum Ausstieg raten.

Die Bedingungen für Frauen, Beruf und Familie zu vereinen, sind wohl immer noch recht schlecht. Zu lange Arbeitszeiten, Engagement bis ins Private hinein und nicht zuletzt zu wenig Teilzeitarbeitsplätze könnten Gründe dafür sein.

Auf die Frage, welche Maßnahmen zu einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf führen würden, antworteten:

- 82%: ausreichende Kindergarten- und Hortplätze,
- 72%: flexiblere Arbeitszeiten,
- 62%: betriebliche Kinderbetreuung,
- 59%: ein Partner muss bereit sein zurückzustecken, solange die Kinder klein sind,
- 59%: Familie müsste vom Staat finanziell stärker unterstützt werden,
- 59%: Kindergärten und Schulen sollten mehr Ganztagesbetreuung anbieten.

Weiterhin wurde gewünscht:

- 58% sind für mehr Teilzeitarbeitsplätze,
- 56% wünschen sich eine Anpassung der Kindergarten- und Schulzeiten an die Arbeitszeiten der Eltern,
- 53% einen leichteren Einstieg nach der Familienphase zurück in den Beruf,
- 40% staatliche Unterstützung von Eigeninitiativen zur Kinderversorgung,
- 39% die Aufnahme von Zweijährigen in den Kindergarten.

Auch wenn die Wünsche der Befragten ziemlich klar und zielorientiert sind, ist trotzdem offen, ob sich wesentlich mehr Menschen für Kinder entscheiden würden bei so verbesserten Bedingungen. Denn, wie oben beschrieben, ist die persönliche Entscheidung und die gute soziale Absicherung heute ein großer Faktor für zukünftige Familien. Drohende Arbeitslosigkeit, Unsicherheiten in der finanziellen Absicherung der Familien, schrecken dabei eher ab.

Ob eine höhere Anerkennung für Elternarbeit in der Gesellschaft einen Beitrag leisten könnte, bleibt ebenfalls eine

offene Frage. Sicher ist bei allem, dass ein Ausbau der Kinderversorgung und ein Entgegenkommen bei den Arbeitszeiten und den Arbeitsbedingungen für die Familien unabdingbar sind. Sonst werden die Abwägungen der Einzelnen, ob vorhandener Kinderwunsch sich auch erfüllen soll, nicht anders ausfallen können.

Die Konservativen hatten immer betont, wie wichtig ihnen die Familie sei, und mit dieser Begründung jahrezehntelang entgegen den Wünschen von vielen Kinderbetreuung außerhalb der Familien nur als Notbehelf akzeptiert. Jetzt ist die selbstgestellte Falle zugeschnappt.

Viele können sich den Wunsch nach Kindern gar nicht mehr erfüllen. Die Gesellschaft, Betriebe, Ausbildungseinrichtungen haben sich daraufhin eingerichtet, dass Frauen entweder engagiert im Beruf sind oder Kinder haben und dann allenfalls nebenher arbeiten. Und wenn solche Strukturen erstmal eingeschliffen sind, lässt sich nur schwer wieder was ändern. (unb)

Quelle: [www.ifd-allensbach.de](http://www.ifd-allensbach.de)

IN UND BEI  
DER PDS

### **PDS Schleswig-Holstein: Nach der Konsolidierung die Beteiligung an der Landtagswahl 2005**

KIEL. Nachdem am 29. Februar dieses Jahres der Landesverband Schleswig-Holstein einen neuen Landesvorstand gewählt hatte, mußte der sich entschlossen daran machen, ein fast zweijähriges Desaster zu beseitigen. Da ging es um so profane Dinge wie riesige Papierhaufen in Akten einzuordnen, die technischen Anlagen im Kieler Büro wieder gangbar zu machen, die Karteien und Dateien aufzuarbeiten, um die Adressen von GenossInnen und SympathisantInnen auf den neuesten Stand zu bringen, und vor allem die seit zwei Landesvorstandspériodes ins Chaos geratenen Finanzen in Ordnung zu bringen. Vor allem aber galt es, den in persönlichen Streit geratenen Landesverband wieder zu effektiver politischer Zusammenarbeit zu bringen.

Ein halbes Jahr der Konsolidierung brachte etliche Erfolge. Während Ende 2003 und Anfang des Jahres 2004 noch zwei Landesmitgliederversammlungen (LMV) wegen Mangel an Beteiligung (kaum 20 Beteiligte statt notwendigerweise mindestens 25 = 10% der Mitglieder) nicht beschlussfähig waren, konnte die erste LMV des neuen Vorstandes am 19. September 2004 mit über dreißig Mitgliedern seine Arbeit wieder aufnehmen und wichtige Beschlüsse fassen. Vor allem ging es darum: soll sich die PDS an der im Februar 2005 stattfindenden Landtagswahl in Schleswig-Holstein beteiligen.

Mit großer Mehrheit wurde beschlossen, diese schwierige Herausforderung anzunehmen und zu kandidieren.

Gegen eine solche Beteiligung hatte es zahlreiche Bedenken gegeben. Es sei ein zu großer Verschleiß der wenigen aktiven GenossInnen und würde sicher Frustrationen und Austritte zur Folge haben. Auch sei der Landesverband immer noch in einer prekären finanziellen Lage. Auf Nachfrage betonte der Bundesparteivorstand wiederholt, dass er keine „wesentliche finanzielle Unterstützung“ zusagen könne. Auf zentraler Ebene würden die Einnahmen und Finanzpolster schrumpfen und in 2005 sei nur die Unterstützung eines westlichen Landesverbandes möglich, nämlich die Landtagswahlen von Nordrhein-Westfalen.

Kein Zweifel: Schleswig-Holstein kann nicht wie dieses große Bundesland mit erfolgreichen kommunalen Wahlergebnissen aufwarten – denn hier im Lande existiert trotz vorgenommener Klage immer noch die 5%-Klausel. Trotzdem: die große Mehrheit der GenossInnen war entschlossen, an der Wahl teilzunehmen. Sonst wäre die PDS in Schleswig-Holstein nur noch bei Bundestags- und Europawahlen präsent. Und das in einer Zeit, in der auch hier im Lande die Stimmenanzahl der PDS bei der letzten Europawahl im Juni 2004 landesweit um 0,5 Prozentpunkte in die Höhe gegangen ist, in verschiedenen „proletarischen Bereichen“ 3-5 % erbrachte und in Kiel-Gaarden sogar die 10%-Marke erreichte. Das Hauptargument: Anfang

2005 greift Hartz IV – die Wahl findet wenige Wochen danach statt, somit die erste nach Hartz IV. Es wäre schwer zu ertragen, wenn die Menschen, die davon betroffen sind, keine Gelegenheit erhielten, auf dem Wahlzettel die Partei anzukreuzen, die gegen diese unsozialen Machenschaften alternative Vorstellungen und Vorschläge entwickelt hat.

Auf einer weiteren LMV am 24. Oktober – für die laut Wahlgesetz in Schleswig-Holstein eine Mindestbeteiligung von 50 Mitgliedern erforderlich ist – erschienen weit über 60 GenossInnen. Schon allein das ist ein Erfolg! Sie verabschiedeten ein Programm und wählten 12 KandidatInnen für die gemischte Landesliste mit den Landesvorsitzenden Edda Lechner und Harald Koch an der Spitze. Für die Bereiche Eutin, Plön, Kiel, Lübeck, Rendsburg, Norderstedt, Dithmarschen, Steinburg und Südtirol wurden außerdem 15 DirektkandidatInnen aufgestellt.

Die nächste wichtige Aufgabe wird sein, für jeden Wahlkreis je 100 und für die Gesamtliste 1200 Unterschriften zu sammeln. Der PDS-Landesverband hat die gute Überzeugung, dass dies bis Mitte Dezember gelingen kann. Er freut sich außerdem besonders, dass die Landesverbände Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Hamburg für die Bewältigung der weiteren Aufgaben ihre Unterstützung durch Unterschriften sammeln, Referenten, Plakate, Stellschilder und ein Info-Mobil zugesagt haben. *Edda Lechner*

19./20. November, München. Parteitag der CSU.

20./21. November, Nürnberg. 1. Bundesdelegiertenkonferenz der Wahlalternative Arbeit & Soziale Gerechtigkeit (WASG).

**3./4. Dezember, Berlin:** 10. Kongress Gesundheit und Armut. Austausch über Wissensstand, Entwicklungen und Lösungsansätze zu „Armut und Gesundheit“. Auf dem Kongress wird in folgenden Themenbereichen vertieft: – Kinder- und Jugendgesundheit – Gesundheitliche Versorgung Wohnungsloser – Migration und Gesundheit – Altersarmut und Gesundheit – Arbeitslosigkeit und Gesundheit – Gesundheitsfördernde Stadt- und Gemeindeentwicklung – Abbau ungleicher Gesundheitschancen – Sucht und Armut – Patienteninteressen und Disease Management – AIDS und Armut – Behinderung und Armut – Armuts- und Gesundheitsberichterstattung – Gesundheitsziele gegen Armut – Neue Strukturen für Gesundheitsförderung -Internationale Debatten zu Armut und Gesundheit

**4./5. Dezember, Kassel.** Friedenspolitischer Ratschlag 2004

**10. Dezember: Nürnberg.** Deutscher Menschenrechts-Filmpreis 2004.

**11. Dezember, Berlin.** Festveranstaltung zum 15. Jahrestag der Gründung der PDS

**17. Dezember, Entscheidung über den EU-Beitritt der Türkei.**

**6. bis 9. Januar, Sondershausen/Thüringen.** Linke Winterschule 2004/2005. Themen: Kurs Wirtschaft: Momente der Wert und Preisbildung bei der Ware Arbeitskraft. Kurs Philosophie: Bildung und Erziehung – Konsequenzen aus PISA, aber welche? (Nähere Beschreibungen beider Kurse siehe Pol. Berichte, 22/2004, Seite 17ff.).

**20. Februar.** Landtagswahl in Schleswig-Holstein

**6. Mai, Köln.** Bundesparteitag der FDP

## Friedenspolitischer Ratschlag 2004

**Samstag/Sonntag, 4./5. Dezember 2004, Universität Kassel**

*Frieden durch Krieg? • Für ein soziales Europa, von dem nur Frieden ausgeht • Für einen Nahen Osten ohne Krieg, Besatzung und Terror • Für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung statt neoliberaler Globalisierung*

### Aus dem Programm

#### 12 Uhr: Eröffnungsreferate:

Eröffnung: Peter Strutynski, AG Friedensforschung Uni Kassel • Der neue Imperialismus: Prof. Dr. Frank Deppe, Uni Marburg • Unsere Waffe ist die friedliche Demokratie: Daniela Dahn, Publizistin • „Mit Hartz und Hand fürs Vaterland?“ Horst Schmitthenner, IG Metall

#### Parallele Foren/Arbeitsgruppen:

Runde 1: 14.30 bis 16.30 Uhr: *Für ein soziales Europa, von dem nur Frieden ausgeht*

- Kushberry: Die USA nach den Wahlen. Dr. Michael Morrissey, Uni Kassel • EU-USA: „Auf gleicher Augenhöhe“ – Partnerschaft oder Konkurrenz? Jürgen Wagner, IMI e.V., Tübingen. • EU-Russland: Risse im „gemeinsamen Haus“ Bruno Mahlow, Berlin • „Verschiedene Geschwindigkeiten“: Integration oder Spaltung der EU. Dr. Patricia Bauer, Uni Osnabrück; Mod.: Dr. Michael Berndt • Militarisierung der EU: Pazifistischer Alarmismus oder alles halb so schlimm? Thomas Roithner, Wien, ÖSFK • „Innere Sicherheit“ im permanenten Ausnahmezustand. Die Folgen des „Antiterror-Kriegs“ auf Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit. Dr. Rolf Gössner, Präsident der Internationalen Liga für Menschenrechte • Das neoliberalen Projekt der EU. Ingrid Brauchle-Kloninger (angefr.) • Europa auf den Pfad der friedenspolitischen Tugend bringen (zwingen)? Friedensvolksbegehren und Referenden. Gerald Oberansmayer, Friedenswerkstatt Linz

Runde 2: 17.00 bis 19.00 Uhr: *Für einen Nahen Osten ohne Krieg, Besatzung und Terror*

- Der israelisch-palästinensische Konflikt, das Völkerrecht und die Vereinten Nationen. Dr. Reiner Bernstein, München • Andauernder Krieg – andauernde Besatzung? Zur Lage im Irak. Dr. Sabah Alnasseri, Frankfurt a.M. • Ölzentrum Naher Osten: Wer ist der Nächste? Peter Klemm,

Hamburg • Afghanistan nach den Wahlen – Und was nun? Dr. Matin Baraki, Marburg • Tschetschenien-Russland und der kaukasische Teufelskreis. • Kai Ehlers, Hamburg • G-3 und Kalaschnikow – Kleinwaffen als Massenvernichtungsmittel. – Die internationale Kampagne DAKS. Jürgen Grässlin • Auf dem Weg zu neuen Kriegen? Der UN-Sicherheitsrat und die Erosion des Völkerrechts. Helge von Horn, Kassel • Kriegsberichterstattung und Friedensjournalismus. Medien in Konflikten: Mittäter oder Mediator? Nadine Bilke, Mainz (Journalistin)

Sonntag, 5. Dezember

Runde 3: 9.30 bis 11.15 Uhr: *Für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung statt neoliberaler Globalisierung*

- Neoliberaler Globalisierung oder „gerechte Weltwirtschaftsordnung“. Dr. Erhard Crome, Berlin (Rosa-Luxemburg-Stiftung) • Nachhaltige Entwicklungsstrategien statt neoliberaler Globalisierung: Sind IWF, Weltbank und WTO überhaupt noch reformierbar? Rainer Falk, Luxembourg, WEED-World Economy, Ecology & Development, Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung • Lateinamerika: Venezuela – Hoffnung für einen Kontinent? Harri Grünberg, Berlin • Sudan und andere afrikanische Kriegsschauplätze – wieder im Visier der Großmächte? Stefan Brüne, Deutsches Übersee-Institut, Hamburg • Das Trugbild vom „demokratischen Frieden“. Zur Dialektik von Frieden und Krieg. Prof. Dr. Knut Krusewitz, Friedenswerkstatt Rhön • Probleme der zivil-militärischen Zusammenarbeit in Nachkriegssituationen. N.N. • Nach dem Systemcrash: Welche Perspektiven hat die „Zweite Welt“? Kai Ehlers, Hamburg • „Frankenfood und Zuckeralimonade“ – Globalisierung und Krieg am Beispiel von Mac Donalds und Coca Cola. Ellen Diederich (Frauen-Friedensarchiv)

11.30 Uhr: *Plenarvortrag:* Menschliche Sicherheit. Prof. Dr. Elmar Altvater, Berlin

Im Anschluss: 12.15 bis 13.45 *Abschlussplenum:* 60 Jahre nach der Befreiung Europas vom Faschismus: Die Europäische Union vor der Entscheidung zwischen Zivilmacht und Militärmacht. Podiumsdiskussion mit Teilnehmer\*innen aus Wissenschaft, Politik und Sozialen Bewegungsgen

Anmeldung: E-mail: strutype@uni-kassel.de